



Die Zukunft der Nuklearwaffen in einer Welt in Unordnung

Dokumentation des 3. GSP-Sicherheitsdialogs

zum Thema

„Die Zukunft der Nuklearwaffen in einer Welt in Unordnung“

in Kooperation mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik
und dem Mittler Report Verlag

vom 17. Oktober 2018

im Presse und Informationsamt
der Bundesregierung, Berlin

nähere Informationen unter
www.gsp-sipo.de





Inhalt

7	Vorwort
9	Begrüßung Ulrike Merten, MdB a.D.
11	Einführung von Generalleutnant a.D. Kersten Lahl
16	Keynote von Staatsminister Niels Annen, MdB
34	Panel 1: Globale Perspektive - Global Zero oder Kontrollverlust?
64	Panel 2: Europäische Perspektive - Renaissance der Nuklearstrategien?
93	Schlussbemerkung von Ulrike Merten MdB a.D.

Vorwort

Die Gesellschaft für Sicherheitspolitik e. V. (GSP) arbeitet seit 1952 für ein zeitgemäßes Verständnis von Sicherheitspolitik. Mit mehr als 6000 Mitgliedern in rund 90 Sektionen ist sie bundesweit präsent und führt regional wie überregional jährlich bis zu 600 Veranstaltungen, Seminare und Informationsbesuche durch. Begleitend greift sie mit ihrem Internetauftritt und ihrem Blog www.gsp-sipo.de aktuelle Themen auf und stellt sie zur Diskussion. Die GSP trägt damit maßgeblich zur sicherheitspolitischen Meinungsbildung in Deutschland bei. Wir setzen dabei auf einen offenen, konstruktiven und überparteilichen Dialog, der auf Fakten basiert und Platz für sehr unterschiedliche Auffassungen lässt.

Der GSP-Sicherheitsdialog will als eine dieser rund 600 Veranstaltungen einmal im Jahr ein besonders bedeutsames Thema der Sicherheitspolitik in den Fokus nehmen und in der deutschen Hauptstadt kritisch diskutieren. 2016 hatten wir diese Serie mit dem Thema „Fluchtursachen rund um Europa – Wo liegen unsere Einflusschancen“ erfolgreich begonnen. 2017 haben wir uns dem Thema „Russland verstehen – geht das? Sicherheitspolitische Kurssetzung in schwierigen Zeiten“ gewidmet. Der große Zuspruch, den auch das diesjährige Thema „Die Zukunft der Nuklearwaffen in einer Welt in Unordnung“ gefunden hat, veranlasst uns wie auch im vergangenen Jahr dazu, diese Veranstaltung mit einer Broschüre zu dokumentieren. Wir glauben, dass Thematik, Inhalt und Verlauf der Diskus-

sion es mehr als wert sind, auch auf diesem Wege festgehalten und damit für weitere Überlegungen zur Zukunft Europas nutzbar gemacht zu werden. Die Beiträge entsprechen weitestgehend dem gesprochenen Wort und werden hier in einer nur minimal redigierten und durch die Sprecher freigegebenen Form wiedergegeben. Wir danken Vera Eirich und Stephan Klaus M. A. vom Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und europäische Politik, Universität Halle-Wittenberg für die Erstellung der Abschrift.

Wenn Sie Interesse an unserer Arbeit finden oder sich für eine Mitgliedschaft in der GSP interessieren, sei nochmals auf die Internetseite der GSP (www.gsp-sipo.de) verwiesen.

Ulrike Merten, MdB a.D.,
Präsidentin der Gesellschaft
für Sicherheitspolitik e.V.

Generalleutnant a. D. Kersten
Lahl, Vizepräsident der Ge-
sellschaft für Sicherheitspolitik
e.V.

Prof. Dr. Johannes Varwick,
Vizepräsident der Gesellschaft
für Sicherheitspolitik e.V.

Begrüßung

Ulrike Merten, MdB a. D.,
Präsidentin der Gesellschaft für Sicher-
heitspolitik

Sehr geehrter Herr Staatsminister, meine Herren Generale und Admirale, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich begrüße Sie sehr herzlich, auch im Namen unserer heutigen Kooperationspartner, der Bundesakademie für Sicherheitspolitik sowie dem Mittler-Report-Verlag zu diesem dritten Berliner Sicherheitsdialog. Das Thema lautet heute „Die Zukunft der Nuklearwaffen in einer Welt in Unordnung“.



Diejenigen von Ihnen, die sich intensiv mit Sicherheitspolitik beschäftigen – und das wird in diesem Raum die Mehrheit sein – werden sich über die heutige Themenstellung nicht gewundert haben. Für die meisten Bürgerinnen und Bürger unseres Landes dürfte das nicht gelten. Die sogenannte „Nukleare Abschreckung“ war zumindest in Deutschland im Laufe der letzten Jahrzehnte völlig aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden und kein großes Thema öffentlicher Debatten. Das könnte sich allerdings ändern. Die Hoffnung, das Abschreckungssystem durch atomare Abrüstung zu überwinden, war dann doch zu optimistisch. Wer wollte damals nicht gerne an die von Präsident Obama postulierte Global Zero Vision glauben und hat dabei vielleicht übersehen, dass auch der damalige amerikanische Präsident an den Pfeilern der nuklearen Abschreckung nicht rüttelte. Folgerichtig spielen Kernwaffen als Instrument der Abschreckung im noch gültigen strategischen Konzept der NATO eine Rolle. Damit hat Deutschland, so wird es im Koalitionsvertrag von 2018 formu-

liert, ein Interesse daran, an den strategischen Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben. Ein relativ schmuckloser Satz, der wenig sagen kann zu den strategischen, rechtlichen, ethischen und politischen Fragestellungen, die sich mit einer solchen Aussage zu verbinden haben. Aber wenn wir wirklich am Beginn einer neuen Nukleardebatte stehen sollten, dann würde es hilfreich sein, sich auf mehr als dogmatische, spekulative Annahmen zu stützen.

Wir wollen mit diesem heutigen Dialog versuchen, dieses Thema facettenreich auszuleuchten. Kontroverse Stellungnahmen unserer Panellisten sind zu erwarten und ausdrücklich erwünscht. Und ich will an dieser Stelle sagen, dass wir von allen Panellisten eine so spontane Zusage bekommen haben, über die wir uns freuen und die uns dann aber auch heute dazu zwingt, sehr diszipliniert in diese Diskussion zu begeben. Aber mein ausdrücklicher Dank richtet sich an alle, die sich so spontan bereiterklärt haben. Aber der Aufschlag des heutigen Nachmittags mit der Keynote gehört dem Staatsminister im Aus-

wärtigen Amt, Niels Annen, den ich Sie bitte mit mir ganz herzlich zu begrüßen. Herr Staatsminister, wir freuen uns sehr, dass Sie unserer Bitte gefolgt sind und wir freuen uns sehr auf Ihre Ausführungen.

Wie auch in den vergangenen Jahren, meine Damen und Herren, liegt die Einführung in das Thema in den Händen von Generalleutnant a.D. Kersten Lahl, die Moderation der beiden Panels übernehmen Prof. Dr. Johannes Varwick und Rolf Clement, die jeweils zu Beginn die Panellisten – für deren Kommen, ich habe es eben schon einmal gesagt, ich mich noch einmal herzlich bedanke – auch dann vorstellen werden. Und ich freue mich mit Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, auf einen erkenntnisreichen Nachmittag und bitte jetzt General Lahl um seine einführenden Worte. Herzlichen Dank!



Einführung

Generalleutnant a.D. Kersten Lahl,
Vizepräsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik

Herr Staatsminister, Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann hier direkt anknüpfen. In diesem Jahr stellen wir ein Thema in den Mittelpunkt, das die gesamte Menschheit seit nun mehr als sieben Jahrzehnten wie kaum ein anderes beschäftigt und oft auch beunruhigt: die Gegenwart und Zukunft von Nuklearwaffen. Es ist ein mitunter sehr, sehr heikles Thema, um das man auch gerne einen großen Bogen schlägt – das

ist uns voll bewusst. Aber genau deswegen haben wir das Thema auch gewählt. Auch wenn wir mit unserer Analyse heute vorwiegend nach vorn schauen wollen, lohnt ein Blick zurück.

Die beiden Atombombenabwürfe über Japan im August 1945 haben nicht nur den zweiten Weltkrieg endgültig beendet, sondern auch die verteidigungspolitischen Doktrinen aller großen und auch einiger kleinerer Mächte revolutioniert. Es blieben bisher – und dieser Befund ist gar nicht mal so überraschend – die bisher beiden einzigen tatsächlichen Einsätze nuklearer Waffen zu Kriegszwecken. Aber sie bedeuteten gleichzeitig einen Paradigmenwechsel im militärischen und sicherheitspolitischen Denken. Ein Paradigmenwechsel, der den ganzen Kalten Krieg bestimmt hat und auch weit über ihn hinaus bis zum heutigen Tage trägt.

Die militärisch nutzbare Nukleartechnologie ist seither Fakt – wie auch immer man zu ihr steht. Ganz nüchtern lässt sich behaupten, sie habe eine gewisse Ordnung – ja, vielleicht auch Stabi-

lität – in die Welt gebracht. Und zumindest für die Zeit des Ost-West-Konflikts gibt es Argumente für diese Einschätzung. Denn große Kriege zwischen Nuklearstaaten gelten seither als nicht mehr führbar oder gar gewinnbar und damit eigentlich auch undenkbar. Also: Alle Anstrengungen richten sich dort im Kern darauf, unbedingt jeden Ausbruch von Gewalt und jede Eskalation zu vermeiden. Und da steckt natürlich ein Stück Stabilität mit drin.

Andererseits aber stand und steht dieser Perspektive auch ein enormes Risiko entgegen, das die Menschheit in nichts weniger als in ihrer Existenz bedroht. Denn es zeigt sich: Auch wenn die Wahrscheinlichkeit eines Krieges zwischen Nuklearmächten sinken mag – der Schaden, falls die Mechanismen von Abschreckung, Gegenabschreckung und Selbstabschreckung eben doch versagen sollten, wäre für alle Seiten irreparabel.

Und das alles erinnert schon ein wenig fatal an die berühmte Büchse der Pandora. Zumindest kann man behaupten: Der technologi-

sche Wandel führt eben oft direkt in ein schwer auflösbares Dilemma zwischen Chancen und Risiken, also salopp gesagt zwischen Fluch und Segen. Es gibt ja auch andere, zahlreiche sicherheitspolitische Beispiele für diesen Befund, etwa vom Cyberraum bis hin zu dem Zukunftsthema Robotik und Künstliche Intelligenz für militärische Zwecke. In all diesen Bereichen, meine Damen und Herren – und eben auch bei der Nukleartechnologie – besteht die greifbare Gefahr, dass jedes Streben nach einseitigen Vorteilen, im Sinne der eigenen Sicherheit, letztlich in eine Situation führen kann, die für alle Seiten nichts mehr verstärkt als eben Unsicherheit. Und man nennt dieses Paradoxon das „Sicherheitsdilemma“, eigentlich müsste es „Unsicherheitsdilemma“ heißen. Und da sollte man nicht zu spät die Frage stellen: Wie gehen wir damit um?

Eine erste, ganz grobe Antwort muss wohl lauten: Wir sind gut beraten, dieses Dilemma nicht nur zu beklagen – das führt nicht weiter –, sondern aktive Schlüsse aus ihm zu ziehen. Also die Wirklichkeit mit Blick nach vorn zu

gestalten, zumindest aber eine Kontrolle nicht aus der Hand zu geben. Und konkret auf unser heutiges Thema heißt das: Wir müssen prüfen, welcher Umgang mit Nuklearwaffen unseren Werten und Interessen am besten entspricht – und ob und wie wir diesen Umgang verantworten können. Und wir müssen nach gangbaren, legitimen Wegen suchen, die Ergebnisse dieser Prüfung international einzubringen – im Rahmen unserer Möglichkeiten natürlich. Die aus guten Gründen defensive Grundhaltung Deutschlands in Fragen der Nuklearwaffen entpflchtet uns nicht von dieser Tatsache, die ich gerade genannt habe.

Und dieser Ratschlag wiegt umso schwerer, als ganz offenkundig die globale Entwicklung das Prädikat „Unordnung“ – deswegen haben wir ja auch das Wort „Unordnung“ hineingenommen – verdient. Wir haben das Thema absichtlich so gewählt, weil wir glauben, dass vor allem erst in Verbindung mit diesem übergreifenden Befund der Unordnung die besondere Stellung und auch Brisanz der Nukleartechnologie

für militärische Zwecke deutlich wird. Also – in einer weitgehend geordneten Welt, meine Damen und Herren, egal ob bi- oder uni- oder multipolar, könnten wir durchaus ein wenig entspannter sein. Aber wohin wir auch blicken: Wir spüren ja keinen Mangel an Risiken und Krisen. Der gesamte Mittlere und Nahe Osten und auch Afrika versinken im Chaos. In Asien erleben wir einen Wettlauf in der militärischen Aufrüstung. Die Politik Russlands in seinem nahen Umfeld, aber auch dem Westen gegenüber, verheißt auch nicht nur Gutes. Und obendrein rutschen das transatlantische Bündnis und auch Europa selbst immer mehr in spalterische Kontroversen um Sinn und Legitimation.

Um es gleich zu betonen: Nuklearwaffen gehören nicht immer und überall zu den Treibern dieser Unordnung – mitunter wirkt ihre Existenz sogar stabilisierend. Ich hab's ja erwähnt. Aber dennoch erscheinen sie gerade in der aktuellen Lage extrem bedrohlich. Sie eröffnen tiefe Blicke in den Abgrund. Und in manchen Regionen darf man sie sogar zu

den Ursachen internationaler Verwerfungen rechnen. Kurzum: Die Frage der Zukunft von Nuklearwaffen zählt zu den herausragenden Aspekten internationaler Sicherheit. Es ist unabdingbar,

Zunächst werden wir die globalen Risiken einer Verbreitung von Kernwaffen und die Chancen einer entsprechenden Kontrolle beleuchten. Aktuelle Beispiele oder Stichworte gibt es ja genug,

„Auch wenn die Wahrscheinlichkeit eines Krieges zwischen Nuklearmächten sinken mag - der Schaden, falls die Mechanismen von Abschreckung, Gegenabschreckung und Selbstabschreckung eben doch versagen sollten, wäre für alle Seiten irreparabel.“

- Kersten Lahl

hier eine kluge – wie es die Frau Präsidentin auch gerade gesagt hat – eine kluge, klare, ausdifferenzierte Position zu bestimmen und diese in die deutsche, europäische und transatlantische Agenda einzubringen.

Ja, und genau da wollen wir heute ansetzen und neben einer Lageanalyse nach halbwegs realistischen Optionen des Handelns suchen. Wir knüpfen dazu heute Nachmittag zwei Pakete:

von der Erosion des Nichtverbreitungsvertrages bin hin zu Iran und Nordkorea oder auch die Perspektiven von atomaren Waffen in den Händen terroristischer Akteure, seien diese nicht-staatlich oder gar staatlich. Das ist unser Panel 1 unter der Moderation von Professor Johannes Varwick, der Internationale Beziehungen an der Universität Halle-Wittenberg lehrt und zugleich Vizepräsident in der GSP ist.

Und danach, im Panel 2, werden wir den Blick konkret auf Europa und den so neuen wie alten Aspekt der Bündnisverteidigung richten, der ja aktuell wieder eine Art Renaissance – freilich unter geänderten Bedingungen – erfährt. Wir wollen diskutieren, ob und welche nuklearstrategischen Überlegungen in diesem Zusammenhang sinnvoll, erforderlich und vertretbar sind. Moderiert wird dieses Panel 2 dann von Rolf Clement, heute Chefredakteur der „Europäische Sicherheit & Technik“ und Ihnen allen wohl noch vom Deutschlandfunk bekannt.

Beginnen aber werden wir mit der Keynote, für die wir – ich darf es noch einmal erwähnen und darf mich ganz herzlich bedanken – den Staatsminister im Auswärtigen Amt, Herrn Niels Annen, gewonnen haben. Vielen Dank Herr Staatsminister, auch von meiner Seite nochmal, für Ihre spontane Zusage, hier heute zu uns zu sprechen. Und aus früheren Begegnungen weiß ich auch: Wenn jemand differenziert und ausgewogen an ein heikles Thema herangeht, dann sind Sie

das! Und von daher ist es für uns ein ganz großer Gewinn, wenn Sie mit Ihrer Erfahrung und auch mit Ihren Ideen nun den großen Bogen spannen. Und uns allen wünsche ich den wie immer besten Erkenntnisgewinn bei unserem Berliner Sicherheitsdialog in diesem Jahr. Vielen Dank!



Keynote

von Staatsminister Niels Annen, MdB

Niels Annen:

Die Zukunft von Nuklearwaffen in einer Welt der Unordnung – wahrlich ein Thema, das zu Ernsthaftigkeit verpflichtet. Von Unordnung und Atomwaffen in einem Atemzug zu sprechen, dürfte bei vielen von uns bedrückende Gedanken heraufbeschwören. Es zeichnet die Gesellschaft für Sicherheitspolitik aus, solchen Themen nicht aus dem Weg zu gehen. Sie setzen auf überparteilichen und faktenbasierten Austausch – in einer Zeit von fake news und argumentativer Beliebigkeit eine wohlthuende Selbstverpflichtung. Deshalb danke ich Ihnen für die Einladung zum heutigen Berliner Sicherheitsdialog. Bundesaußenminister Heiko Maas hat in seiner vielbeachteten Tiergartenrede zur Zukunft der nuklearen Ordnung gezeigt, wohin die Kompassnadel deutscher Außenpolitik weist. Hieran möchte ich anknüpfen und auch einige Punkte seiner Rede weiterführen.



Eines aber will ich vorausschicken: Trotz der gewaltigen Umwälzungen, denen wir uns manchmal machtlos ausgesetzt glauben – die Zukunft der Nuklearwaffen ergibt sich nicht aus einer Zwangsläufigkeit heraus. Die Zukunft der nuklearen Ordnung, davon bin ich ebenso überzeugt wie Heiko Maas, ergibt sich aus unserer Kraft zur Gestaltung. Aus der Kraft engagierter Multilateralisten. Gerade zur Frage der Zukunft von Nuklearwaffen muss das ein Leitgedanke deutscher Außenpolitik sein.

Meine Damen und Herren, 2010 bekannten sich die fünf im Nichtverbreitungsvertrag anerkannten Nuklearwaffenstaaten

in einem gemeinsamen Aktionsplan aller Vertragsparteien dazu, die Rolle und die Bedeutung ihrer Atomwaffen zu reduzieren. 2010 – das war ein Jahr nachdem Präsident Obama mit Global Zero, mit seiner Vision einer atomwaffenfreien Welt für Aufbruchsstimmung gesorgt hat. Es war die Zeit des russisch-amerikanischen Resets, als beide Seiten ankündigten, mit New START die Anzahl der einsatzbereiten nuklearen Gefechtsköpfe und Trägersysteme weiter erheblich zu reduzieren. Das war eine Zeit der mutigen Schritte, die die Hoffnungen – gerade hier in Deutschland – auf weiteren Fortschritt in der nuklearen Abrüstung beflügelten.

Aber die nukleare Ordnung hat vielfältige Erschütterungen hinnehmen müssen. Russland, unser großer Nachbar im Osten, hat mit

der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim nicht nur grundlegende Prinzipien der internationalen Friedensordnung verletzt. Es hat mit dem Budapester Memorandum auch eine glasklare Sicherheitsgarantie entwertet, die Nuklearwaffenstaaten wie die Ukraine 1994 im Austausch für den Verzicht auf eigene Nuklearwaffen gegeben haben. Wir können heute wohl noch nicht absehen, ob Staaten, die in der Zukunft mit Atomwaffen liebäugeln, ihre unheilsame Lehre aus diesem Wortbruch ziehen werden.

Vertrauen in den Wert von Vereinbarungen – das ist Grundlage für jede politische Lösung von Konflikten. Die Nuklearvereinbarung mit Iran ist nicht nur das Ergebnis jahrelanger harter diplomatischer Arbeit. Sie schafft auch – ganz ohne Frage – mehr Sicher-

„Nirgendwo kann der Verlust an Glaubwürdigkeit wohl größeren Flurschaden anrichten als im Bereich nuklearer Vereinbarungen.“

- Niels Annen

heit in der Region, mehr Sicherheit in Europa. Sie ist, bei allen Unvollkommenheiten, ein Erfolg engagierter Multilateralisten, der das System der nuklearen Nichtverbreitung stärkt. Das sehen fast alle Mitglieder der internationalen Gemeinschaft so.

Deshalb ist Präsident Trumps Aufkündigung der Nuklearvereinbarung mit Iran nicht nur ein Rückschlag für all diejenigen, die um eine Lösung in einer der zähesten Proliferationskrisen bemüht sind. Sie schwächt auch das Vertrauen in die Zusagen der Mächtigeren und bestätigt all diejenigen Staaten, die der Idee von kooperativer Sicherheit ohnehin mit Misstrauen – oder schlimmer noch: mit Verachtung – gegenüberstehen. Nirgendwo kann der Verlust an Glaubwürdigkeit wohl größeren Flurschaden anrichten als im Bereich nuklearer Vereinbarungen. Und genau deshalb ist es so wichtig, das Abkommen zu bewahren. Hierzu brauchen wir konkrete Lösungen, etwa um Zahlungswege offenzuhalten und den Handel mit dem Iran weiter zu ermöglichen. Daran arbeiten wir in enger Abstimmung mit

Frankreich und Großbritannien – eine Bewährungsprobe für Europa ebenso wie für die internationale Nichtverbreitungsdiplomatie.

Auch die Entwicklung Nordkoreas, die uns weiter in Atem hält, führt Chancen und Krisen des Multilateralismus deutlich vor Augen. Als Kim Jong Un 2011 seinen Vater beerbte, haben fast alle Experten Nordkorea weit davon entfernt gesehen, Nuklearwaffen und Trägertechnik zu beherrschen. Aber kaum ein Experte hat die Entschlossenheit vorhergesehen, mit der Kim sein Atom- und Raketenprogramm vorantreiben sollte: Vier, am Ende erfolgreiche, Atomtests und nicht weniger als 120 Raketentests – zuletzt mit interkontinentaler Reichweite – folgten. Sie wurden begleitet, aber nie unterbunden, von einem sich stetig verstärkenden, aber bis heute immer wieder unterlaufenen Sanktionsregime. Die Volatilität dieser Krise muss uns alarmieren. Als die Rhetorik zwischen dem Vorsitzenden Kim und Präsident Trump vor einem Jahr ihren Höhepunkt erreichten, schien ein militärisches Szenario

nicht ausgeschlossen. Heute verhandelt Nordkorea mit den USA und zeigt sich entschlossen, auch mit Südkorea ein neues Kapitel in den Beziehungen beider Länder aufzuschlagen. Dabei scheint es der nordkoreanische Machthaber zu sein, der den Takt vorgibt. Ich möchte hier ganz deutlich sagen: Die innerkoreanische Annäherung, die wir in den ver-

gen die Hoffnungen einer geteilten Nation nahe? Es muss aber klar sein: Ohne vollständige, verifizierbare und unumkehrbare Aufgabe des nordkoreanischen Atomwaffenprogrammes wird es keinen nachhaltigen Frieden und keine Stabilität in der Region geben. Deshalb kann die Kernfrage der Denuklearisierung Nordkoreas auch nicht vertagt werden.

„Ohne vollständige, verifizierbare und unumkehrbare Aufgabe des nordkoreanischen Atomwaffenprogrammes wird es keinen nachhaltigen Frieden und keine Stabilität in der Region geben. Deshalb kann die Kernfrage der Denuklearisierung Nordkoreas auch nicht vertagt werden“

- Niels Annen

gangenen Monaten beobachten, ist eine hochwillkommene und ermutigende Entwicklung. Sie wird helfen, Vertrauen zwischen beiden Seiten auszubauen, und sie könnte die Grundlage für ein neues Verhältnis zwischen den beiden Koreas schaffen. Wem, wenn nicht uns Deutschen, gin-

Substantielle – nicht bloß symbolische – Schritte müssen folgen, um Vertrauen in die Denuklearisierungsbereitschaft Nordkoreas zu fassen. Der US-nordkoreanische Dialog bietet eine Chance dazu – wenn der Druck auf Nordkorea aufrechterhalten wird. Die beispielhafte Geschlossenheit

der Staatengemeinschaft zu Jahresbeginn – sie zu erhalten wäre eine zentrale Aufgabe engagierter Multilateralisten, um Nordkorea tatsächlich auf den Pfad der Denuklearisierung zu bringen. Deutschland wird sich hierfür stark machen und steht bereit, gemeinsam mit anderen Staaten und der Internationalen Atomenergiebehörde seine Expertise und Erfahrung in jeden tragfähigen Prozess einzubringen, der auf Aufgabe des nordkoreanischen Nuklearprogrammes abzielt.

Nordkorea als Atommacht zu akzeptieren – der ersten seit 40 Jahren und der einzigen, die dieses Ziel unter Verletzung des Nichtverbreitungsvertrages erreicht hätte – würde dem Fundament der nuklearen Ordnung einen schweren Schlag versetzen. Sie würde einen Staat belohnen, der über Jahre Völkerrecht gebrochen und sich systematisch über die Beschlüsse des Sicherheitsrates hinweggesetzt hat. Sie würde dauerhaft größte Proliferationsrisiken nach sich ziehen, die von einem politisch isolierten, devisenschwachen, aber nuklear gerüsteten Land ausgingen.

Und sie würde die Aufrüstungsdynamiken im asiatisch-pazifischen Raum unweigerlich weiter befördern. Bereits heute sehen wir, wie der im Licht der nordkoreanischen Bedrohung erfolgte Ausbau amerikanischer Raketenabwehrsysteme China ein weiteres Argument gibt, seine Zweitschlagsfähigkeit auszubauen – durch Modernisierung der U-Bootstreitkräfte ebenso wie durch Entwicklung nuklearer Mehrfach-Gefechtsköpfe.

Meine Damen und Herren, der Aufstieg Chinas hat die Gleichung strategischer Stabilität ohnehin komplizierter werden lassen. Dabei sind es weniger Chinas Atomwaffen, die Unbehagen hervorrufen. Mit Verweis auf sein kategorisches Nein zu jeder Form des atomaren Ersteinsetzes, mit einer durch separate Lagerung von Sprengköpfen und Trägern abgesenkten Einsatzbereitschaft und einem stabilen nuklearen Arsenal nimmt China für sich in Anspruch, ein besonders verantwortungsvoller Nuklearwaffenstaat zu sein. Sorge bereitet aber vor allem der Ausbau neuer Technologien und strategischer

Fähigkeiten. Das Verhältnis der großen Mächte untereinander zeichnet sich zunehmend durch Konkurrenz aus – Great Power Competition gilt den USA als zentrales Kennzeichen der Weltordnung und wird entsprechend in der Nationalen Verteidigungsstrategie und der Nuklearstrategie widerspiegelt.

Gemeinsame Spielregeln für diesen globalen Wettstreit zu finden, steht derzeit nicht bei allen oben auf der Agenda. Genau dies muss aber die Stoßrichtung einer Außenpolitik sein, die auf Verlässlichkeit, Berechenbarkeit und den friedlichen Ausgleich von Interessen auf Grundlage gemeinsamer Regeln und Prinzipien abzielt. Und hier gibt es viel zu tun.

Die technologischen Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die Mechanik nuklearer Abschreckung werden engagierte Multilateralisten in den kommenden Jahren vor große Aufgaben stellen. Denn die nukleare und die konventionelle Domäne zeigen immer häufiger technologische und doktrinäre Berührungspunkte. Durch diese Verschrän-

kungen können Szenarien und Risiken entstehen, die wir früh erkennen und einhegen müssen. So hinterfragen die Entwicklung und der Einsatz qualitativ neuer Fähigkeiten die Gewissheiten der nuklearen Abschreckung. Der Gedanke der nuklearen Abschreckung scheint monströs und fragwürdig, und dennoch waren es bisher diese Gewissheiten, die für Stabilität und militärische Zurückhaltung gesorgt haben: im Kalten Krieg zwischen den Supermächten ebenso wie zwischen Indien und Pakistan, die vor ihrem Aufstieg zur Atommacht drei verlustreiche konventionelle Kriege geführt hatten.

Qualitativ neue Systeme schaffen hier Unsicherheiten. Meine Damen und Herren, diese Unsicherheiten müssen in den Blick genommen werden. Dabei sollten wir nicht naiv sein: Nur die Nuklearwaffenstaaten können – im Dialog untereinander – praktische Lösungen für die Risiken finden, die sich aus der Verschränkung von nuklearen und nicht-nuklearen Technologien und Einsatzdoktrinen ergeben. Aber es ist die Aufgabe aller enga-

gierten Multilateralisten, hier Problembewusstsein und Regelungsdruck zu erzeugen. Denn Risiken im nuklearen Bereich sind wahrhaftig Menschheitsfragen.

Deutschland hat gerade in den letzten Jahren bewiesen, dass es im Verbund mit Partnern in der Lage ist, Zukunftsfragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle in multilaterale Bahnen zu lenken. Der Anstoß zur Erneuerung der konventionellen Rüstungskontrolle in der OSZE gehört ebenso dazu wie die Arbeiten zur Ächtung vollautonomer Waffensysteme im Rahmen der Vereinten Nationen. Wir müssen Zukunftsfragen auch im nuklearen Bereich aktiv angehen – gerade in Zeiten, in denen die Zeichen nicht auf Abrüstung stehen. Und wir können hierbei nur Erfolg haben, wenn wir auf Dialog mit allen Seiten setzen – Nuklearwaffenstaaten und Nuklearwaffengegnern.

Meine Damen und Herren, natürlich ist es ganz besonders die Konfrontation mit Russland und ihre Weiterungen im nuklearen Bereich, die uns in Europa Sorgen bereiten muss. Nicht nur hat

Russland in der Ukraine gezeigt, dass es zur Durchsetzung der eigenen Interessen bereit ist, Völkerrecht zu brechen und militärische Mittel einzusetzen. Russland macht außerdem keinen Hehl daraus, dass es aufrüstet – nuklear, konventionell und zunehmend auch im Cyberbereich. Im März hat Präsident Putin in seiner Rede an die Nation die Entwicklung neuer strategischer Systeme angekündigt, Systeme, die zunächst wie Science Fiction wirken, von deren Einsatzbereitschaft wir in den nächsten Jahren aber ausgehen müssen. Diese neuen Systeme unterlaufen zwar nicht die geltenden Vertragsregime im nuklearen Bereich. Ihre Geschwindigkeit und die Unberechenbarkeit ihrer Flugbahnen sind aber darauf ausgerichtet, die Raketenabwehr der NATO zu unterlaufen, und stellen Frühwarnsysteme und Entscheidungsprozesse vor erhebliche Herausforderungen. Parallel hierzu baut Russland sein nicht-strategisches Nukleararsenal aus – auch durch die Stationierung von nuklearfähigen, mobilen und hochpräzisen SS26-Raketen in Kaliningrad, direkt an der Grenze zur Europäischen Union. Es

setzt nuklearfähige seegestützte Raketen, die es auf Korvetten im Schwarzen Meer stationiert hat, im Syrien-Krieg ein. Russland betreibt zudem mit zunehmend großen Truppenteilen Szenarien mit sowohl konventionellen als auch nuklearen Komponenten. All diese Entwicklungen berühren auch unsere Sicherheit unmittelbar.

Die USA haben Anfang des Jahres ihrerseits ihre Nuklearstrategie überarbeitet. Sie nimmt in deutlichen Worten eine Neubewertung des sicherheitspolitischen Umfelds vor und misst – angesichts der dynamischen Fähigkeitenentwicklung in Russland und China – der nuklearen Abschreckung wieder höhere Bedeutung bei. Erklärtes Ziel dabei bleibt, Konflikte zu vermeiden und vor allem jeglichen Einsatz von Kernwaffen zu verhindern. Ich halte es für wichtig und auch für ein Zeichen funktionierender Demokratie, dass die Neuausrichtung der Nuklearstrategie in den USA nicht kritiklos geblieben ist. Jede Änderung der Strategie wurde in Expertenkreisen, in Sitzungen der Fachausschüsse beider Kammern diskutiert, die Strategie der Regie-

rung Trump mit der visionären Zielsetzung der Obama-Regierung verglichen. Unverkennbar ist: Der politischen Rolle von Nuklearwaffen und dem Konzept der nuklearen Abschreckung kommt wieder stärkere Bedeutung zu.

Doch es wäre falsch, hier einen Kontinuitätsbruch zu sehen. Selbst 2010 – zur Zeit des Resets – hat die NATO in ihrem Strategischen Konzept bekräftigt, dass sie eine nukleare Allianz bleiben werde, solange Nuklearwaffen existierten, und dass Abschreckung Kernbestandteil der kollektiven Verteidigung der Allianz und der unteilbaren Sicherheit ihrer Mitglieder bleibe. Dabei hat das Nukleardispositiv der NATO eine zu allererst politische Rolle. Seine Kernaufgabe ist es, Frieden zu erhalten, Zwang abzuwenden und Aggression abzuschrecken. Für die NATO ist der Einsatz von Nuklearwaffen ein extrem fernliegendes Szenario, seine Vermeidung Kerngedanke nuklearer Abschreckung. Und angesichts des politischen Rechtsrucks in Europa und den USA müssen wir dafür sorgen, dass das auch so bleibt. Sicher gab es Zeiten, da wähten

wir uns bereits jenseits dieser Logik. Nach dem Kalten Krieg haben Russland und die USA tiefe Einschnitte in ihre Nukleardispositive vorgenommen und große Bestände vernichtet. Deutschland hat die Entsorgung von russischen Atom-U-Booten und nuklearen Abfällen mit erheblichen Mitteln finanziell unterstützt. Aber das sicherheitspolitische Umfeld – das ist die Realität – hat sich seit der Jahrtausendwende deutlich verschlechtert. Russlands Verhalten im Osten Europas ruft bei unseren engsten Verbündeten und Nachbarn große Sorgen hervor. Diese zu ignorieren oder als Hysterie abzutun, wäre fahrlässig und falsch.

Die Antwort kann nur eine Politik sein, die klare Erwartungen an Russland formuliert, es zu einer Änderung seines Verhaltens auffordert, aber auch Wege aufzeigt, mit Russland zu kooperieren. Dabei müssen wir immer die Anliegen aller Europäer im Blick behalten: die der baltischen Staaten und Polens ebenso wie die der Staaten im Westen. Das angespannte sicherheitspolitische Umfeld in Europa hat Hei-

ko Maas auch dazu veranlasst, mit Russland den hochrangigen sicherheitspolitischen Dialog auf Ebene der Staatssekretäre wieder aufzunehmen. Hier wollen wir in den kommenden Monaten vorankommen. Transparenz, Rüstungskontrollverpflichtungen und Risikoreduzierung – das sind Themen, bei denen wir kritische Fragen an Russland haben, aber auch verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen können. In jedem Fall gilt: Der Ausweg aus dem bedrohlichen Zusammenspiel von Aufrüstung und Misstrauen und der Weg zum Ausgleich legitimer Sicherheitsinteressen – er führt nur über einen Dialog mit Russland, einen Dialog, den wir im konventionellen Bereich im Übrigen bereits 2016 unter deutschem Vorsitz in der OSZE angestoßen haben.

Der Erhalt der amerikanisch-russischen Vereinbarungen im strategischen Bereich, dem INF-Vertrag und New START, ist hierbei von besonderer Bedeutung – für die USA und Russland, aber gerade auch uns Europäer. Denn beide Verträge leisten für die Sicherheit Europas einen unverzichtbaren

Beitrag. Der INF-Vertrag hat bodengestützte Mittelstreckenraketen und -marschflugkörper, die uns unmittelbar bedrohten, ersatzlos eliminiert. New START begrenzt die Zahl einsatzbereiter strategischer Nuklearwaffen und schafft durch sein auch in der Krise funktionierendes Verifikationssystem ein hohes Maß an Transparenz. Das empfindliche Gleichgewicht strategischer Stabilität zwischen den USA und Russland – es schützt und stabilisiert auch Europa im geographischen Zwischenraum.

Dieses Rahmenwerk, das sich aus dem Interesse beider Seiten gespeist hat, ist heute in Gefahr. Schwerwiegende Vorwürfe der Verletzung des INF durch Russland bleiben bis heute unwiderlegt. Deshalb müssen auch wir Europäer im ureigenen europäischen Sicherheitsinteresse unsere Stimme für den Erhalt und für die Einhaltung dieses Vertrags erheben. Denn nach dem INF könnte auch New START wie ein Dominostein fallen. Wir aber brauchen beide Verträge, um das empfindliche strategische Gleichgewicht zu wahren und die Erfolge in der nu-

klearen Abrüstung festzuschreiben. Nur bei voller Implementierung kann Rüstungskontrolle zur Sicherheit beitragen. Das Risiko eines Rückfalls in Zeiten der Regellosigkeit und des nuklearen Wettrüstens können wir uns nicht erlauben. Dieses Risiko ist nicht trivial – es macht den Menschen Angst. Man erinnere sich nur an die Massenproteste gegen den NATO-Doppelbeschluss, einem „Gesprächsangebot“ der NATO an die Sowjetunion, das mit einer Aufrüstungsdrohung kombiniert wurde.

Ich hoffe sehr, dass mögliche weitere Gespräche, die zwischen Präsident Trump und Präsident Putin in Helsinki vereinbart wurden, richtige Fortschritte bringen werden. Angesichts der Verwerfungen im russisch-amerikanischen Verhältnis wird das nicht einfach sein. Aber auch in den schwierigen Zeiten des Kalten Krieges ist es gelungen, Hürden zu überwinden und visionäre Schritte in Richtung Abrüstung und Rüstungskontrolle zu gehen. Und auch daran gilt es Washington und Moskau heute zu erinnern.

Meine Damen und Herren, mit der ihm eigenen Lakonie hat der Pazifist Albert Einstein einst auf den Punkt gebracht, was es heißt, im nuklearen Zeitalter zu leben. „Ich bin nicht sicher, mit welchen Waffen der dritte Weltkrieg ausgetragen wird“, so der Nobelpreisträger, „aber im vierten werden sie mit Stöcken und Steinen kämpfen“. Das ist kein Pathos, was hier anklingt, kein friedensbewegter Alarmismus, sondern die nüchterne Feststellung einer im 20. Jahrhundert geborenen Möglichkeit: die Auslöschung von Abermillionen Menschen, von hunderten Jahren Zivilisationsgeschichte in kürzester Zeit. Es ist auch kein Widerspruch, die stabilisierende Wirkung der nuklearen Abschreckung anzuerkennen, gleichzeitig aber klar und deutlich zu sagen: Wir Menschen dürfen nicht akzeptieren, auf Dauer mit dieser apokalyptischen Möglichkeit zu leben. Global Zero, das Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt, ist aus meiner Sicht nicht nur ein moralischer, sondern auch ein ganz realpolitischer Imperativ. Und die Bundesregierung hält ohne Wenn und

Aber, ohne jede Relativierung an diesem Ziel fest.

Wir teilen dieses Ziel mit vielen, insbesondere auch den Unterstützern, Unterzeichner- oder bereits Vertragsstaaten des Kernwaffenverbotsvertrages. Oft werden wir gefragt: Warum schließt sich die Bundesregierung dann diesem Vertrag nicht an? Ein Vertrag, der Kernwaffen ächtet und ihren Einsatz und Besitz, ihre Stationierung, Lagerung und Weitergabe völkerrechtlich verbietet? Die Antwort lautet: Weil wir fürchten, dass dieser Vertrag uns dem Ziel Global Zero leider nicht näherbringt. Und weil er, so unsere Befürchtung, praktische Schritte in Richtung der nuklearen Abrüstung nicht fördern, sondern weiter erschweren kann. Der Kernwaffenverbotsvertrag wird, das bestreiten auch seine Anhänger nicht, keinen einzigen nuklearen Sprengkopf aus der Welt räumen, solange keiner der Nuklearwaffenstaaten auch nur mit dem Gedanken spielt, ihm beizutreten. Und damit wird er auch keines der nuklearen Risiken, die ich versucht habe zu skizzieren, abmildern helfen. Ich will aber aus-

drücklich anerkennen, dass es ein Verdienst von ICAN ist, ein so wichtiges Thema wieder auf die Agenda gesetzt zu haben.

Das ist der Weg, das ist der Anspruch der Bundesregierung, und wir werden unsere Verantwortung als nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nutzen, diese nuklearen Herausforderungen anzugehen und die Möglichkeiten schrittweiser Fortschritte in Richtung der nuklearen Abrüstung auszuschöpfen. Es liegt auf der Hand, dass dies nur im Dialog, nicht in Konfrontation mit den Ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats erfolgversprechend sein kann. So sind wir trotz unterschiedlicher Ansätze im Ziel geeint. Zusammen mit unseren Partnern der Nonproliferation and Disarmament Initiative – einer Gruppe aus Ländern aller Kontinente, darunter Verbotsvertragsbefürworter und -gegner – machen wir uns gerade in diesen Wochen in den Vereinten Nationen und vor allem gegenüber den fünf Ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates dafür stark, den Nichtverbreitungsvertrag zum 50.

Jahrestag seines Inkrafttretens im Jahre 2020 zu stärken.

Denn der Atomwaffensperrvertrag, wie er in Deutschland genannt wird, ist und bleibt das Fundament der globalen nuklearen Ordnung. Ohne ihn – das steht außer Frage – wären heute weit mehr Staaten im Besitz von Atomwaffen. Ohne ihn hätten wir keinen so hohen, universell anerkannten Sicherheitsstandard gegen die allfälligen Proliferationsrisiken. Keine internationale Atomenergiebehörde, die – völlig zu Recht – für ihre Arbeit 2005 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Wir hätten wohl auch keinen so klaren Trend in der zivilen Reaktortechnik, die heute ganz weitgehend ohne hochangereichertes Uran auskommt. Und wir dürfen bei allen aktuellen Herausforderungen nicht vergessen: Zur Erfolgsgeschichte der letzten 50 Jahre gehört auch die Dezimierung der nuklearen Arsenale im Vergleich zum Niveau des Kalten Krieges.

Diese Erfolge, meine Damen und Herren, illustrieren, wie wichtig es ist, den Nichtverbreitungsvertrag

zu erhalten, um auf der Grundlage seiner universellen Geltung weitere Fortschritte in Richtung nuklearer Abrüstung zu erzielen. Dies wird die Bewährungsprobe für engagierte Multilateralisten in den kommenden zwei Jahren sein. Und es bedeutet harte diplomatische Arbeit, denn nicht alle Vertragsstaaten messen der nuklearen Abrüstung denselben hohen Stellenwert bei. Aber es gibt eine ganze Reihe von Punkten, an denen wir ansetzen können.

Zum einen: Transparenz und Verifikation. Eine weitgehende Offenlegung der nuklearen Arsenale aller Nuklearwaffenstaaten und eine Antwort auf die praktische Frage, wie Nichtnuklearwaffenstaaten die Demontage eines nuklearen Sprengkopfes verifizieren können, ohne selber Wissen über den Bau einer Atombombe zu erlangen – das sind wichtige Grundlagen für konkrete und verifizierbare Abrüstungsschritte in der Zukunft. Diese Grundlagen können wir bereits heute legen. Wir werden deshalb mit Frankreich eine gemeinsame Übung ausrichten, die helfen soll, ein Abrüstungsverifikationsverfahren

zu entwickeln, das diesen komplexen Anforderungen genügt.

Zweitens: Sicherheitsgarantien. Ich bin davon überzeugt, dass wir stärker daran arbeiten müssen, die Rolle von Nuklearwaffen in Strategien, Doktrinen und politischen Äußerungen zu reduzieren. Im gegenwärtigen Sicherheitsumfeld wäre es bereits ein enormer Fortschritt, die Sicherheitsgarantien zu erneuern, die Nuklearwaffenstaaten allen anderen Staaten in stabileren Zeiten gemacht haben. Mittelfristig müssen wir weitergehen. Das erfordert politischen Willen. Das erfordert den vollen Einsatz engagierter Multilateralisten. Und anfangen können wir mit Veranstaltungen wie dieser und einem kritischen, offenen Austausch.

In diesem Sinne freue ich mich nun, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Stellen Sie mir gerne Fragen.

Kersten Lahl:

Herr Staatsminister ganz herzlichen Dank für diesen Vortrag! Ich glaube, einen besseren Einstieg in unser heutiges Thema hätten wir

uns nicht wünschen können. Sie haben ein breites Spektrum so tief erörtert, dass ich ganz sicher bin, dass Sie viele Steilvorlagen auch für unsere beiden anschließenden Panels gegeben haben. Sie haben auch eine Bemerkung gemacht, die fand ich besonders wichtig. Sie haben gesagt: „Die Zukunft von Nuklearwaffen ist gestaltbar!“. Sie haben aber zugleich eines, zum Glück, vermieden: Sie haben uns nicht die Illusion gegeben, es gebe Patentrezepte dabei oder die sogenannten „ganz einfachen Antworten“. Sondern Sie haben deutlich gemacht, dass es – wenn man gestalten will und gestalten muss – dann wirklich ganz harter, vor allem harter diplomatischer Arbeit auf vielen, vielen Feldern bedarf. Ganz herzlichen Dank nochmal!

Wir haben jetzt nochmal fast eine Viertelstunde für Fragen und ich denke es ist in Ihrem Sinne, dass wir diese Zeit auch nutzen. Ich möchte Sie bitten mir zu signalisieren, wenn Sie eine Frage stellen wollen und dass Sie dann kurz Ihren Namen nennen. Zudem bitte ich Sie, sich möglichst kurz zu fassen.

Herr Meyer zum Felde:

Herr Staatsminister, ich habe zwei ganz kurze Fragen. Die erste ist: Was wollen Sie denn unternehmen, um Paris dazu zu animieren, dem Club der Multilateralisten beizutreten, wenn es um Nuklearfragen geht? In Paris höre ich immer umgekehrt, wir sollten eher die französische Nuklearkultur in der strategischen Ausrichtung Frankreichs bei uns in Deutschland einführen und das ist für mich ein ganz schwieriges Problem, diese beiden Dinge zur Deckung zu bekommen. Und zweitens, nachdem Sie den Schwerpunkt ja so sehr auf das Thema Rüstungskontrolle, Abrüstung gelegt haben: Ich würde mir noch einen Satz wünschen, wie Sie sich die deutsche nukleare Teilhabe vorstellen, in Ergänzung des Gesagten. Vielen Dank.

Kersten Lahl:

Eine zweite Frage vielleicht noch dazu und dann fassen wir zusammen und machen eine nächste Runde. Bitte!

Andrey Sivov,
Verteidigungsattaché Russlands:

Sehr geehrter Herr Staatsminister, danke sehr für Ihre Einschätzung. Eine Frage: Sie haben als Staatsperson gesagt, dass Russland einen Verstoß gegen den Vertrag beging. Haben Sie Beweise? Wenn Sie diese Beweise haben, so bin ich bereit, diese Beweise sofort Russland zu übergeben. Was denken Sie außerdem über die Tatsache der Stationierung der Schussrampen der MK 41 durch die Amerikaner, die mit Bodenraketen eine Reichweite von über 2500 Kilometer erreichen können? Danke sehr.

Niels Annen:

Vielen Dank für die beiden Fragen. Zu der von Heiko Maas geprägten Überschrift der „Allianz der Multilateralisten“: Es handelt sich nicht um die Idee, eine neue internationale Organisation zu gründen mit einem großen Hauptquartier, vielen Angestellten und einem Generalsekretariat. Darum geht es nicht. Es geht um eine Form der intensivierten Zusammenarbeit. Und die präferierte Form der Zusammenarbeit – das haben wir immer deutlich

gemacht – sind die existierenden Strukturen, auch innerhalb der NATO und gemeinsam mit den Vereinigten Staaten. Unsere Zusammenarbeit mit Frankreich insgesamt in dieser veränderten Sicherheitslage ist exzellent. Das gilt auch für die Zusammenarbeit im Nukleardossier und es gilt in der technischen Zusammenarbeit, beispielsweise bei der Schaffung eines unabhängigen Zahlungsinstruments zum Erhalt des JCPoA. Trotzdem kann man nicht erwarten, dass sich eine über viele Jahrzehnte etablierte französische Doktrin jetzt innerhalb weniger Monate grundlegend verändert. Das war auch nicht die Erwartung des Auswärtigen Amts. Aber die Minister arbeiten sehr eng zusammen; gerade gestern hat es das letzte Treffen gegeben. Es ging da nicht nur um Fußball – das war auch kein übermäßig erfolgreiches Kapitel – sondern um intensive Gespräche zwischen Le Drian und Heiko Maas. Das Verständnis auf der französischen Seite, auch in Sicherheitsfragen enger zusammenarbeiten zu müssen, hat sich enorm verändert. Dass diese Veränderung momentan nicht den Kernbereich der französischen

Souveränität über ihre eigene Nuklearstreitkraft betrifft, ist erstens richtig und zweitens nicht überraschend. Aber Sie haben sicher auch die Entwicklung im Bereich PESCO verfolgt oder die Reaktion der Bundesregierung auf den französischen Vorschlag einer sogenannten Interventionsinitiative. Beide Seiten haben sich aufeinander zu bewegt. Deswegen bin ich zuversichtlich.

Die zweite Frage ist für einen Sozialdemokraten natürlich immer etwas schwierig. Meine Haltung ist: So lange die NATO ihre grundlegende Strategie nicht verändert – und das Sicherheitsumfeld hat sich ja nun nicht entspannt in den letzten Jahren – so lange bleibt auch der Teil, der nukleare Teilhabe bedeutet. Wie das praktisch umgesetzt wird, ist Sache des BMVg. Aber wir haben in Deutschland die Erfahrung gemacht, dass einseitige nationale Initiativen, die die amerikanische Seite vom Abzug der verbliebenen Sprengköpfe zu überzeugen suchen, nicht fruchten. Wir mussten gemeinsam die Erfahrung machen, dass ein nationaler Weg für Deutschland keine vernünftige

Option ist. Deswegen bleibe ich bei meiner sehr skeptischen Haltung. Bei der Frage „sind diese Waffensysteme auf deutschem Boden nötig?“ neige ich deutlich zu einem „Nein“. Aber wenn Sie mich fragen, ob ich daraus die Konsequenz eines nationalen Alleingangs ziehen würde, lautet meine Antwort ebenso eindeutig „Nein“. Wir müssen den Zusammenhalt gerade in der NATO stärken. In Deutschland wird vielleicht manchmal zu wenig gesehen, dass die nukleare Teilhabe eben auch Ausdruck der Solidarität zwischen NATO-Staaten ist.

Ich darf mich bedanken für die Frage zum INF-Vertrag. Ich habe hier jetzt mein Manuskript vor mir liegen und bin mir ziemlich sicher, dass ich gesagt habe, dass die Vorwürfe bisher nicht entkräftet werden konnten. Das war die Formulierung, sonst hätte ich Ihnen auch gerne Beweise mitgebracht. Aber darum geht es mir gar nicht. Es geht um die Beschreibung einer Debatte, die dazu führen kann, dass dieser Vertrag möglicherweise keine Zukunft hat. Bisher sind die Vorwürfe, die von amerikanischer

Seite gegenüber Ihrer Regierung vorgetragen wurden, von der Russischen Föderation nicht entkräftet worden. Gleichzeitig gibt es auch auf der anderen Seite Vorhaltungen - Sie haben ja gerade auch indirekt einen Vorwurf an die amerikanische Seite formuliert. Diese gefährliche Dynamik müssen wir durchbrechen. Ich habe der Frage des INF-Vertrages in meiner Rede eine so große Bedeutung beigemessen, weil ich mir über die möglichen Konsequenzen große Sorgen mache. Ich bin überzeugt da-von, dass die Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation von einer Aufkündigung des INF-Vertrages ebenfalls negativ betroffen wären. Wir verfolgen deswegen den Ansatz des konstruktiven Dialogs. Ob im Gespräch zwischen Minister Maas und Minister Lawrow oder im Rahmen der wieder etablierten Staatssekretärskonsultationen. Damit wir über solche Fragen sprechen können.

Kersten Lahl:

Ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren im Plenum, noch die Möglichkeit geben für eine weitere Frage.

Gast:

Gilt denn hier nicht auch die Unschuldsvermutung bei den Vorwürfen bezüglich INF?

Niels Annen:

Wir sind ja nicht in einem Strafprozess.

Kersten Lahl:

Herr Zeisig, bitteschön!

Herr Zeisig:

Ganz kurz, aber hat die Idee Obamas von „Global Zero“ noch irgendeinen realen Wert? Ist sie Bestandteil nationaler, internationaler Politik oder ist es ein Traum?

Niels Annen:

Natürlich ist es auch ein Traum. Aber schauen Sie sich an, welche Dynamik die Kampagne von ICAN entwickelt hat. Am Ende führte sie zu diesem Nuklearwaffen-Verbotsvertrag. Schauen Sie sich an, wie stark das Thema die Bürgerinnen und Bürger in vielen Ländern weiterhin bewegt. Diese Dynamik geht über einen Traum hinaus und ist nicht zu unterschätzen. Ich habe mich sehr darum bemüht, auf der einen Seite

unsere Position deutlich zu machen und darzustellen, weshalb wir uns an dieser Initiative nicht beteiligt haben. Aber meine Botschaft ist auch, dass wir uns nicht gegen die Intuition dieser Initiative oder dieser Bewegung richten. Wir sind uns nur über den Weg nicht einig. Die Obama-Rede hat sicher einen Beitrag geleistet. Es gibt inzwischen ein Netzwerk von hoch anerkannten Expertinnen und Experten, ehemaligen Politikerinnen und Politikern, Militärs und anderen, die sich dieser Kampagne angeschlossen haben. Wir bemühen wir uns darum, auch die Expertise zu nutzen. Trotzdem hätte ich mir gewünscht, dass bei der Rezeption der Obama-Rede der ganze Text des Präsidenten berücksichtigt worden wäre. Das liegt aber außerhalb der Gestaltungskraft eines Politikers. Und ich bin auch nicht sicher – so sehr ich Obama diesen Friedensnobelpreis gegönnt habe, weil ich ihn für einen großen Präsidenten halte – ob dieser Preis der Sache am Ende genützt hat. Der Versuch mit einem Preis Politik zu determinieren funktioniert in der Regel nicht. Insofern: Ja, der Traum lebt. Er hat auch prakti-

sche Auswirkungen, aber es ist noch ein langer Weg.

Kersten Lahl:

Herr Staatsminister. Ihr Büro hat uns ja im Vorfeld in vollendeter und zugleich unmissverständlicher Diplomatie zu verstehen gegeben, dass Ihr enger Terminplan leider nur bis 15:30 Uhr eine Teilnahme bei uns hier erlaubt. Und wir haben jetzt auf die Minute genau dieses Budget ausgefüllt und ich würde sagen: das ist wirklich eine Punktlandung! Ich kann Ihnen aber versprechen, dass wir viele der Aspekte, die Sie genannt haben, jetzt anschließend in den beiden Panels nochmal intensiv aufgreifen und weiter vertiefen werden – und das sicherlich auch kontrovers. Denn ich denke, nur über eine kontroverse Diskussion, die alle Gesichtspunkte einbringt, und in der man versucht, auch die gegnerischen Positionen zu verstehen, kann man auch in der Sache einen echten Fortschritt erzielen. Ganz herzlichen Dank nochmal für Ihr Kommen heute!

Niels Annen:

Vielen Dank! Gute Diskussion!





Panel 1 „Globale Perspektive - Global Zero oder Kontrollverlust?“

Moderation:

Prof. Dr. Johannes Varwick

Teilnehmer:

Dr. Karl-Heinz Kamp, Präsident BAKS

Prof. Dr. Joachim Krause, Institut für
Sicherheitspolitik an der Universität Kiel

Dr. Oliver Meier, Stiftung Wissenschaft und
Politik

Dr. Oliver Thränert, Center for Security
Policy der ETH Zürich

Prof. Dr. Johannes Varwick:

So, meine sehr verehrten Damen, meine sehr verehrten Herren. Niels Annen muss leider gehen, aber wir danken ihm alle für seine gehaltvolle Rede und General Lahl hat es gesagt: wir werden das jetzt versuchen, zu vertiefen. Das Schwierigste an diesen beiden Runden, die wir jetzt haben werden, wird die Abgrenzung der Themen untereinander sein, weil natürlich alles mit allem zusammenhängt. Aber wir wollen nun in dem ersten Panel eher die globalen, strategischen Grundfragen der Rolle von Nuklearfragen kritisch diskutieren. Die Stichworte sind schon gefallen: Global Zero, aber auch Nordkorea, der gesamte ostasiatische Raum, Iran-Abkommen, auch die regionale Konstellation im Mittleren Osten, Pakistan und Indien vielleicht, das ist noch nicht erwähnt worden. Das wollen wir jetzt in den Blick nehmen und weniger die Nuklearstrategien einzelner Länder, die uns wichtig sind, nicht zuletzt auch die deutsche Frage, die wird in dem zweiten Panel intensiv erörtert. Und natürlich stellt sich auch bei diesen Fragen die Frage, was wir Deutschen oder auch wir

Europäer beitragen können, um die weiteren Prozesse in Richtung globaler, nuklearer Aufrüstung oder das Gegenteil, Abrüstung und nukleare Rüstungskontrolle, zu begleiten und zu beeinflussen. Das wollen wir uns also jetzt vornehmen und wir haben nicht allzu viel Zeit – wir müssen auch nicht hektisch sein, aber wir müssen auf den Punkt diskutieren. Und in diesem ersten Panel haben wir uns vorgenommen, als wir das von der GSP geplant haben, dieses schwierige Thema, das wir die sichtbarsten und besten, deutschen Experten an einen Tisch versammeln. Und wir haben sie bekommen, kann ich sagen! Und deswegen sind es so viele geworden. Das ist vielleicht ein bisschen groß für eine Stunde, aber ich denke, wir werden das hinbekommen. Und lassen Sie mich kurz die Runde vorstellen.

Zu meiner Linken: Dr. Karl-Heinz Kamp, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik und zuvor unter anderem am NATO Defense College in Rom und sicherheitspolitischer Koordinator der Konrad-Adenauer-Stiftung. Aber vor allen Dingen einer der

sichtbarsten Kenner der Nuklearthematik, der seit – Karl-Heinz, 25 Jahre oder sogar noch länger? –, wir werden alle nicht jünger, zu diesen Fragen publiziert. Herzlich willkommen! Zu meiner ganz Linken, der Kollege Professor Joachim Krause, Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel, zuvor lange Jahre bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtigen Politik und auch lange Jahre bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, als sie noch in Ebenhausen war. Und er hat unter anderem seine Habilitation zu dem Thema „Strukturwandel der Nichtverbreitungspolitik“ verfasst und ich glaube, man kann ohne zu übertreiben sagen, dass er einer der, ja, sichtbarsten und intimsten Kenner dieser Fragen ist, die wir in Deutschland haben. Joachim Krause, herzlich willkommen! Zu meiner Rechten, Dr. Oliver Meier, Atomwaffenexperte der Stiftung Wissenschaft und Politik. Zuvor unter anderem auch lange Jahre Mitarbeiter im Bundestag, unter anderem bei der Vorsitzenden des Ausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle und auch lange Jahre gewesen Korrespondent der „Arms Con-

trol Association“. Lieber Oliver Meier, herzlich willkommen. Und last, not least, zu meiner Nächsten und zu meiner Rechten, ein Blick aus der Schweiz gewissermaßen, obwohl er Deutscher ist: Dr. Oliver Thränert. Er leitet den Think-Tank am Center for Security Studies in Zürich an der altherwürdigen ETHZ. Auch er war lange Jahre an der Stiftung Wissenschaft und Politik, unter anderem auch bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, und auch er publiziert seit vielen Jahren – ich habe mal nachgeschaut, vor mehr als dreißig Jahren ist sein erster Artikel zu diesen Fragen erschienen – zu diesen Fragen.

Also eine spannende Runde, in der wir jetzt diskutieren wollen, wie die globale Perspektive der Nichtverbreitung aussieht. Und ich möchte alle von Ihnen in einer ersten Runde fragen, wie Sie denn die Risiken der Verbreitung von Nuklearwaffen und vor allen Dingen auch die Chancen der Eindämmung bewerten, also gewissermaßen in Ergänzung, oder womöglich auch in Widerspruch, als Kontrapunkt zu den Ausführungen von Niels Annen, die wir

gerade gehört haben, die globale Perspektive der Rolle von Nuklearwaffen zu beleuchten. Und ich möchte Karl-Heinz Kamp bitten, anzufangen. Karl-Heinz, wie bewertest Du die globale Perspektive auf unser Thema?

Dr. Karl-Heinz Kamp:

Ja, vielen Dank. Zunächst einmal finde ich das Thema extrem wichtig und bedanke mich sehr, zu diesem Thema eingeladen worden zu sein. Ich hätte mir schon viel früher eine Rede wie die von Herrn Annen gerade oder die von Herrn Maas, die Tiergarten-Rede, schon von früheren Außenministern gewünscht, das hätte sehr geholfen, weil das Thema in der Tat wichtig ist. Ich glaube, dass wenn wir über die große strategisch Fragen nachdenken: „Kernwaffen wohin und wo sieht es mit der, oder wie sieht es mit der nuklearen Abrüstung aus?“, dann haben wir drei Realitäten. Die erste Realität ist mehrfach angesprochen worden: Kernwaffen werden ein Faktor der internationalen Politik bleiben. Sie sind in ihrer Bedeutung erheblich reduziert, weil einfach der größte Teil der Probleme, die wir haben,

können wir nicht mit nuklearer Abschreckung lösen. Sie bleiben aber ein Faktor, und deswegen ist die Idee der nuklearwaffenfreien Welt eben nur eine Idee, weil der größte Teil der Nuklearwaffenstaaten ihre Atomwaffen nicht abrüsten wollen. Das ist keine Frage des Könnens, es ist eine Frage des Willens. Das heißt Israel, Frankreich, China wollen nicht abrüsten, weil sie – ob wir es verstehen oder nicht – in diesen Waffen ein Faktor für Macht, Sicherheit, Status oder was immer, sehen. Und daran ändern auch Nobelpreise nicht so schrecklich viel. Zweitens, glaube ich, zweite Realität, dass leider Gottes die Verbreitung von Atomwaffen wahrscheinlich ist. Es werden vermutlich, das ist zu befürchten, mehr Staaten Nuklearwaffenstaaten werden. Hoffentlich sehr moderat. Hoffentlich nur wenige. Und da hilft, und da hat der Staatsminister eben gerade das Nötige gesagt, die amerikanische Politik überhaupt nicht. Die Wahrscheinlichkeit einer iranischen Nuklearmacht ist gegeben – und wenn es dazu kommt, ist eine saudische Nuklearmacht nicht allzu weit. Und das ist keine positive Aussicht und je mehr

amerikanische commitments erodiert werden, fragt sich auch Südkorea irgendwann, ob es noch auf den amerikanischen Schirm zählen kann. Dritter Punkt: Abrüstung. Es hat Abrüstung gegeben, hat ja der Staatsminister gesagt. Teilweise vertraglich, teilweise weil man sie gar nicht mehr bezahlen konnte, die Waffen. Ich glaube, dass weitere Abrüstung im Sinne von Verminderung

mit nicht irgendetwas eskaliert, was vielleicht mal unbeabsichtigt schiefeht. Und ich glaube, dass das der Punkt ist, auf den wir uns extrem konzentrieren müssen.

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Ja, vielen Dank, Karl-Heinz. Global Zero Quatsch, Verbreitung wahrscheinlich, Abrüstung wenig wahrscheinlich; ziemlich düstere Perspektive. Joachim Krause, Sie

„Global Zero ist eine schöne Idee, sie wird aber nicht realisierbar sein“

- Prof. Dr. Joachim Krause

von Kernwaffen wenig wahrscheinlich ist. Weil Russland, zum Beispiel, seine Atomwaffen als Kompensation für mangelnde konventionelle Fähigkeiten sieht. Kann man sogar verstehen. Deswegen ist es so wichtig, das, was gesagt wurde, das Ganze zu managen, zu gestalten, im Sinne von Rüstungskontrolle ist entscheidend. Rüstungskontrolle im Sinne von Transparenz, im Sinne von Vertrauensbildung, im Sinne von Krisenkommunikation, da-

sehen das nicht so unterschiedlich, denke ich, was ist Ihre Perspektive auf die globale Rolle von Nuklearwaffen, wie ist Ihre strategische Bestandsaufnahme gewissermaßen?

Prof. Dr. Joachim Krause:

Ich habe nichts an dem auszusetzen, was Karl-Heinz Kamp gesagt hat, aber ich möchte für eine etwas breitere Perspektive plädieren. Wir diskutieren heute noch in Kategorien, die vor zwanzig

oder dreißig Jahren Geltung hatten, heute aber nicht mehr ausreichen. Wir reden erst über die Proliferation der Kernwaffen in der ganzen Welt und dann noch über NATO-Strategie. Beides kann man so nicht mehr auseinanderhalten. Karl-Heinz Kamp hat das in manchen seiner Punkte bereits angedeutet. Wir müssen heute lernen, das nukleare Problem breiter und facettenreicher zu sehen. Insbesondere macht es keinen Sinn gleich mit der Abrüstung zu beginnen. Global Zero ist eine schöne Idee, sie wird aber nicht realisierbar sein, die Obama-Administration hat langwierige Konsultationen mit Russen und Chinesen über global zero gehabt. Das Ergebnis war, dass beide Regierungen nicht bereit waren in einen ernsthaften Verhandlungsprozess einzusteigen. Ebenso wenig wie wir es nicht erleben leben, dass Kernwaffen abgeschafft werden, ist es auch ziemlich unwahrscheinlich, dass es zum großen Armageddon kommt. Die politisch wirklich relevanten Probleme liegen dazwischen. Das ist in Deutschland schwer zu vermitteln, da wir Deutschen die Neigung haben,

entweder ganz große, tolle Lösungen zu präsentieren oder in Weltuntergangsfantasien zu verfallen. Viel wichtiger ist aber, dass wir uns mit den realen und konkreten Problemen im Bereich nuklearer Waffen beschäftigen. Und die sind nicht mehr (oder nicht nur) die klassischen Probleme der nuklearen Nichtverbreitungspolitik. Wir müssen uns damit vertraut machen, dass es jetzt neun Kernwaffenstaaten gibt, die allerdings sehr unterschiedliche Arsenale und sehr unterschiedlichen Vorstellungen davon haben, was man mit Kernwaffen anstellen kann und was nicht.

Zum einen sind die USA und Russland zu nennen, die die mit Abstand größten und vielseitigsten Bestände an Kernwaffen haben. Beider Arsenale sind zu einem Großteil aufeinander bezogen, d.h. es liegt hier eine bilaterale nuklear-strategische Konkurrenz vor. Beide sind sogenannte peer competitors. Es liegt eine theoretische Duell-Situation vor und es ist wichtig, dass im Rahmen dieser Duellsituation keine Anreize zu nuklearen Entwaffnungsschlägen entstehen.

Die nuklearstrategische Stabilität der beiden peer competitors zu bewahren ist eine delikate Aufgabe, die vor allem durch neue technologische Entwicklungen immer wieder in Frage gestellt wird. Wir haben auf der anderen Seite Staaten wie Frankreich, Großbritannien, Israel, aber auch China, die nur eine reaktive Nuklearstrategie haben. Sie besitzen Kernwaffen in relativ kleinen Mengen und befinden sich in keiner Duellsituation mit einem anderen Land. Solche Staaten sind im Grunde genommen relativ unproblematisch. Dann gibt es einen Staat, Nordkorea, wo Kernwaffen weniger der Verteidigung der territorialen Integrität dienen sollen, sondern dem Überleben eines menschenverachtenden Regierungssystems (nuclear skunk).

Und es gibt noch Indien und Pakistan, die sich ebenfalls in einer nuklearen Duellsituation befinden. Aber diese ist völlig anders gelagert als die nukleare Duellsituation zwischen den USA und Russland.

Wir müssen auf die einzelnen Nuklearwaffenstaaten und die damit verbundenen Lagen in dif-

ferenzierender Weise blicken. Einige sind unproblematisch, andere, wie Nordkorea, nicht. Und wir müssen auch Prioritäten setzen. Für unsere Sicherheit die wichtigsten Probleme sind die Folgen: Erstens: Die Stabilität der nuklearstrategischen Konkurrenz zwischen Russland und den USA ist nicht nur delikat, sie bedarf der konstanten Anpassung an technologische und politische Entwicklungen. Dabei entstehen immer wieder Anpassungsprozesse, die bei uns in der Regel nicht richtig verstanden werden, sondern immer nur als Aufrüstungsspiralen wahrgenommen werden. Bislang gilt diese Konkurrenz aber als relativ stabil. Das könnte sich ändern, wenn China seine bisherige Zurückhaltung im Bereich strategischer Nuklearwaffen aufgibt – und dafür gibt es zunehmend Anhaltspunkte. China wird auch im Bereich der strategischen Angriffssysteme zu einem dritten peer competitor. Und da liegt für mich die absehbar größte Herausforderung bei der Auseinandersetzung mit nuklearen Problemen überhaupt – wie kann man nuklearstrategische Stabilität unter drei gleichwertigen Staaten herstellen?

Was passiert, wenn sich zwei aus dieser Runde gegen den dritten zusammenschließen?

Zweitens: Die Entwicklung der nuklearstrategischen Konkur-

ren? Ein ganz anderes Problem resultiert aus der zunehmenden Verwundbarkeit von strategischen Unterseebooten gegenüber den Mitteln der U-Boot-Bekämpfung. Sowohl bei Russland wie bei

„Die USA wollen in den nächsten dreißig Jahren 1,2 Billionen Dollar für die Aufrechterhaltung ihres Atomwaffenarsenals ausgeben. Das würde umgerechnet heißen, über die nächsten dreißig Jahre in jeder Minute fünfundsiebzigtausend Dollar für Atomwaffen auszugeben.“

- Dr. Oliver Meier

renz als Problem unter dreien hat auch Folgen für uns und andere Nicht-Kernwaffenstaaten. Schon heute sehen wir uns in Europa mit einem Russland konfrontiert, welches seinen Kernwaffen eine dezidiert eurostrategische Rolle zuweist und diese als Instrumente der Eskalationskontrolle bei regionalen Konflikten versteht. Werden die USA in der Lage und Willens sein, diese sich abzeichnenden Bedrohung durch ihre Abschreckungsmittel einzudäm-

China lässt sich beobachten, dass diese größere internationale Meeresgebiete unter ihre Kontrolle bringen wollen, wie die südchinesische See oder inzwischen auch die Barentssee.

Das sind Entwicklungen, die uns auch sehr viel mehr beschäftigen sollten, als jetzt die klassischen Nichtverbreitungsthemen. Und es gibt noch mehr davon, aber ich merke schon, der Moderator wird jetzt etwas ungeduldig.

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Völlig richtig interpretiert – vielen Dank, Joachim Krause, für die Weitung des strategischen Blickes! Oliver Meier, das war jetzt in Nuancen, aber doch Konsens bisher hier am Tisch. Ich hoffe, im Sinne einer kontroversen Diskussion, dass Du das etwas anders siehst. Was sind denn Deine Bewertungsunterschiede?

Dr. Oliver Meier:

Ich will mein Bestes versuchen, hier ein bisschen Kontroverse reinzubringen und einerseits diesen Fatalismus, den wir gehört haben in Bezug auf die künftige Rolle von Atomwaffen entgegen zu argumentieren, andererseits, diesen Optimismus, den wir gehört haben in Bezug auf das künftige Management einer stärker nuklearisierten Welt etwas entgegenzuhalten. Ich würde sagen, es gibt zwei Trends, die zu unterscheiden sind. Zum einen eben die horizontale Proliferation, die ja auch schon angesprochen worden ist, das Problem der Verbreitung zu neuen Atomwaffenstaaten. Da würde ich versuchen, diesem Alarmismus entgegen zu argumentieren. Wir hatten ei-

gentlich vor drei Jahren mit dem Abschluss des Atom-Abkommens mit Iran eine neuartige Situation, die wir seit vielen Jahrzehnten nicht mehr, im Grunde seit 1945, nicht mehr hatten, dass wir nämlich keinen Staat mehr verdächtigen, oder verdächtigt haben, im Geheimen Atomwaffen zu entwickeln. Das ist ein wichtiger, ein ganz wichtiger, Fortschritt. Wenn wir zurückdenken, in den 1980er Jahren hatten wir weit mehr Staaten, die wir verdächtigt haben, im Geheimen Atomwaffen aktiv anzustreben als Atomwaffenstaaten selbst. Hier ist sicherlich ein Fortschritt erzielt worden. Das ungelöste Problem Nordkorea bleibt, das allerdings sich in den letzten zehn Jahren, würde ich sagen, mehr von einem Nichtverbreitungsproblem zu einem Abrüstungsproblem gewandelt hat. Von daher haben wir hier sicherlich Fortschritte erreicht. Die Lage ist aber natürlich labil. Es gibt eine ganze Reihe von Staaten, die Atomprogramme ins Auge fassen, zivile Atomprogramme, die sicherlich auch einen militärischen Hintergrund haben. Vor allen Dingen in den beiden Hotspots, Südasien und natürlich im

Mittleren Osten – Saudi-Arabien, Türkei, möglicherweise auch Südkorea, Japan sind Staaten, bei denen es zumindest innenpolitisch eine Diskussion um eine solche Option gibt. Von daher sind diese Erfolge, die wir gehabt haben, diese Fortschritte bei Weitem noch nicht gesichert.

Die Dynamik liegt eigentlich in den Atomwaffenstaaten selbst, auch das ist schon angesprochen worden, die alle ihre Atomwaffenarsenale modernisieren, zum Teil erheblich, auch mit erheblichen Mitteln, um eine Zahl zu nennen: Die USA wollen in den nächsten dreißig Jahren 1,2 Billionen Dollar für die Aufrechterhaltung ihres Atomwaffenarsenals ausgeben. Das würde umgerechnet heißen, über die nächsten dreißig Jahre in jeder Minute fünfundsiebzigtausend Dollar für Atomwaffen auszugeben. Das macht schon mal die Dimension, glaube ich, deutlich. Da ist die dynamische Entwicklung, die natürlich – das ist ja auch gesagt worden – Auswirkungen hat auf die Nichtverbreitungswelt. Das ist eigentlich das zentrale Problem, worauf auch der Staatsminister drauf ein-

gegangen ist, wo wir auch möglicherweise eine Rolle zu spielen haben, hier mäßigend einzugreifen.

Hinzu kommt eben eine neue Dynamik, technologisch – was schon erwähnt worden ist – aber auch in den Persönlichkeiten. Wir haben eben in den beiden größten Atomwaffenstaaten Persönlichkeiten mit Trump und Putin, die verantwortungslos über Atomwaffen reden. Und wir haben eben Abschreckungsverhältnisse, die jetzt zwischen drei, möglicherweise sogar zwischen vier Staaten sich entwickeln und wir haben ganz wenig Erfahrung, wie man das managt. Von daher bin ich nicht so optimistisch wie Joachim Krause, dass das auf Dauer gut geht, sondern sehe hier große Gefahren und würde eben denken, dass man hier in beiden Bereichen Handlungsmöglichkeiten suchen muss, aber das wird dann der Inhalt der Diskussion sein.

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Ja, vielen Dank! Oliver Thränert, bleibt noch was übrig für eine erste Runde an grundsätzlichen Bewertungen? Die globale strate-

gische Perspektive – wie ist Dein Blick darauf?

Dr. Oliver Thränert:

Ich möchte die Frage nach der Zukunft der Nuklearkernwaffen in zwei übergeordnete Fragen unterteilen. Die erste lautet: „Werden diejenigen Staaten, und es ist richtig gesagt worden, es sind derzeit neun, weiterhin daran festhalten, ihre Kernwaffen nicht einzusetzen?“. Das ist die erste zentrale Frage. Und die zweite zentrale Frage ist: „Werden wir es weiterhin schaffen, dass es bei neun Staaten bleibt? Oder werden wir in Zukunft mit mehr Kernwaffenstaaten zu leben haben?“. Was diese zweite Frage anbelangt, so würde ich sagen, die lässt sich unterteilen wiederum in drei Unterfragen. Die erste Unterfrage lautet: „Wie stabil wird das nukleare Nichtverbreitungsregime sein, der nukleare Nichtverbreitungsvertrag oder der Atomwaffensperrvertrag – von dem vorhin schon die Rede gewesen ist?“ Und hier bin ich sehr skeptisch, denn der Streit zwischen einem Großteil der Nicht-Kernwaffenstaaten, die nach Abrüstung schreien, im Zuge auch der Implementierung

der Kernwaffenverbotskonvention, und der Kernwaffenstaaten und derjenigen Staaten, der diese Kernwaffenverbotskommission ablehnen, spitzt sich zu, erstens. Und zweitens, es droht das Iran-Abkommen zu scheitern und damit droht zu scheitern, dass erstmals erfolgreich auf diplomatischem Wege im Zusammenarbeit zwischen westlichen und nicht-westlichen Staaten ein Land, das ganz offensichtlich den Vertrag verletzt hat, wieder in den Vertrag zurückgeführt wird. Und das wird, wenn das eintritt, den Atomwaffensperrvertrag massiv beschädigen. Die zweite Unterfrage in Bezug auf die Nichtverbreitung lautet: „Wie stabil oder wie glaubwürdig wird erweiterte nukleare Abschreckung in Zukunft angesehen – denn viele Staaten, die auf Kernwaffen verzichten, tun dies, weil sie sicher unter dem amerikanischen Atomschirm sind. Wir werden das sicherlich im zweiten Panel noch stärker beleuchten, die These von Christian Hacke, dass Deutschland über eigene Kernwaffen nachdenken muss, weil auf die Amerikaner kein Verlass mehr ist. Aber ich frage mich, wenn selbst Deutsch-

land darüber bereits nachdenken soll, wo doch die Verbindungen zwischen den Europäern, insbesondere Deutschland, und den Amerikanern auf nuklearen Gebiet im Zuge der nuklearen Teilhabe so eng sind und so intensiv sind, seit so vielen Jahren, was sollen dann erst Südkoreaner, Japaner und andere Länder sich denken, deren Zusammenarbeit auf diesem Feld mit den Amerikanern viel weniger wiegt und intensiv ist. Und wenn diese Staaten darauf kommen, dass sie sich auf die Amerikaner im Sinne der erweiterten nuklearen Abschreckung nicht mehr verlassen können, werden sie darüber nachdenken, ihre eigenen Kernwaffen zu entwickeln und das wird das nukleare Nichtverbreitungsregime killen. Und der dritte Punkt ist: „Inwiefern wird es uns gelingen, Zugang zu sensitiven Technologien zu unterbinden?“. Hier geht es insbesondere um Uran-Anreicherung, diese Technologie ist seit dem Khan-Netzwerk in viele Länder gekommen, sie ist nach Nordkorea gekommen, sie ist nach Iran gekommen, sie ist nach Libyen gekommen, und wir sehen, dass es immer schwieri-

ger wird, die Verbreitung dieser Technologie zu verhindern und dass selbst Länder wie die Türkei oder Saudi-Arabien, die jetzt Kernkraftwerke bauen oder die es planen, sich weigern, auf die Uran-Anreicherung zu verzichten. Diese dual use Technologien, diese friedlich und militärisch verwendbare Technologien, sind ein großes Problem.

Letzter Punkt: Zu der ersten Frage, „Inwiefern werden die neun Staaten daran festhalten, Kernwaffen nicht einzusetzen?“. Hier ist meine große Sorge, dass sich anders als während des Kalten Krieges, die Haltung breitmacht, sowohl in Russland als auch in den USA, dass Atomwaffen Instrumente einer nationalen Stärke sind und keine Waffen, die aufgrund ihrer unvorstellbaren Zerstörungswirkung eine gemeinsame Verantwortung für das gemeinsame Überleben erfordern. Und das macht mir sehr große Sorgen.

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Ja, vielen Dank für diese erste Runde! Ich möchte das Iran-Abkommen gleich noch einmal ge-

sondert diskutieren, bitte das jetzt aussparen. Aber ich wollte nochmal eine die Grundsatzfrage nach der Sinnhaftigkeit von Global Zero stellen. Niels Annen hatte gerade gesagt, das sei ein realpolitischer Imperativ, kein moralischer Imperativ. Vielleicht kann Oliver Meier uns nochmal erklären, warum Global Zero eine gute Idee ist und warum Du daran glaubst, dass wir das eines Tages erreichen.

Dr. Oliver Meier:

Also ob wir es erreichen können oder nicht, das wissen wir nicht. Aber Global Zero als Ziel und auch als Ziel, das man tatsächlich aktiv versuchen kann, umzusetzen, ist ein Bestandteil der nuklearen Ordnung, wie wir sie kennen, spätestens seit 1968, als der NVV verabschiedet worden ist. Die Nicht-Verbreitung hängt an dem, nicht nur dem Versprechen, sondern auch den Bemühungen abzurüsten. Obama hat das in Prag, darauf ist schon öfters verwiesen worden, 2009 paradigmatisch sehr gut begründet, finde ich. Er sagte eben ganz einfach, die einfachste Begründung ist einfach: irgendwann greift Mur-

phy's Law und wenn wir Atom weiter in der Welt, irgendwann wird die Abschreckung schief gehen. Das ist sozusagen die eine Gefahr, die da ist. Die zweite Gefahr, die weiterhin real bleibt, ist das Atomwaffen in die falschen Hände geraten, auch das ist sozusagen, auch diese Gefahr ist ganz grundsätzlich nicht aus der Welt zu schaffen, sondern nur zu managen. Und das dritte Argument, sozusagen aus Nichtverbreitungsregimen ist, wenn wir Staaten wie Iran, aber auch Nordkorea, dahinbringen wollen, dass sie auf Atomwaffen verzichten, weil sie gegen Regelwerke verletzen, dann geht das nur auf Grundlage internationaler Zusammenarbeit. Und der Nichtverbreitungsvertrag, der Atomwaffensperrvertrag, ist der Rahmen, den fast alle Staaten akzeptieren. Teil davon ist das Abrüstungsversprechen. Und wir sehen das sehr deutlich eben jetzt im Falle Iran, wo die USA sich auch von diesem Abrüstungsversprechen entfernen und dadurch die Koalition zerfallen ist, die es geschafft hat, Iran zurückzubringen. Ich befürchte, wir sehen das auch in Ansätzen im Falle Nordkoreas, darauf werden wir ja noch

kommen, wo eben auch jetzt diese Einigkeit der Großmächte zunehmend fragmentiert und damit die Grundlage zur Einhegung Nordkoreas brüchig geworden ist. Nicht das ist sozusagen die inhaltliche politische Verbindung zwischen Abrüstung und Nicht-Verbreitung.

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Vielen Dank! Karl-Heinz Kamp, das sind doch tolle Argumente, oder? Warum bist Du denn so kaltherzig und quasi davon überzeugt, dass das nicht die richtige Idee ist? Global Zero, mal unabhängig davon, ob wir das erreichen – das ist eine zweite Frage –, aber warum argumentierst Du, dass das Ziel möglicherweise auch falsch ist in dieser Welt, in der wir leben?

Dr. Karl-Heinz Kamp:

Der Gedanke hat ja Charme, zu sagen, wenn wir keine Atomwaffen hätten, könnten sie auch nicht eingesetzt werden. Das ist jetzt keine dramatische Geistesleistung darauf zu kommen, aber es ist nicht unwichtig. Insofern glaube ich, dass der Gedanke schon wichtig ist. Der Punkt ist nur, dass

ich mich wirklich frage, – und ich habe keine richtige Antwort darauf – ob eine nuklearwaffenfreie Welt, denken wir es mal durch, wirklich eine stabilere wäre? Stellen wir uns mal vor, wir hätten eine Einigung dieser neun – oder wie viele es auch immer sind. Dramatische Verifikation, alle geben ihre Atomwaffen ab, wir haben ganz Sicherstellung, es gibt gegenseitige Beobachtung, was auch immer. Und wir haben eine nuklearwaffenfreie Welt. Das Wissen um den Bau von Atomwaffen ist in der Welt. Der nukleare Geist ist aus der Flasche. Ich weiß nicht, wie lange ein technisch hochgerüste-



ter Staat wie die USA oder Japan oder wer auch immer braucht, aus dem Nuklearmaterial – denn damit haben wir Energieproduktion überall – eine Atomwaffe zu bauen. Und dann frage ich mich, wäre eine Welt, in der jede größere Krise sofort in einen Wettlauf münden würde – denn wer in der nuklearwaffenfreien Welt eine Kernwaffe besitzt, ist ja der berühmte Einäugige unter Blinden –, ich weiß nicht, ob es so furchtbar stabiler wäre, wenn wir einen Wettlauf hätten, in einer Krise, wer als erster Atomwaffen schafft. Die Frage, was macht man stattdessen, weiß ich auch nicht. Aber so furchtbar wohl würde ich mich in dieser Welt nicht fühlen, da ist mir eine Welt, die auf Abschreckung basiert, mit allen ihren Dilemmas, das man nicht weiß, ob man sie aufrechterhalten kann, im Moment immer noch die liebere.

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Vielen Dank. Joachim Krause, Ihre Position war auch klar und das ist die, die Karl-Heinz Kamp im Prinzip gerade formuliert hat – gibt Ihnen nicht zu denken, dass auch eine ganze Reihe

Realisten, etwa in der amerikanischen Debatte, sich inzwischen diesem Global Zero Gedanken angeschlossen haben? Und warum sind sie trotzdem der Meinung, dass das nicht der richtige Gedanke ist?

Prof. Dr. Joachim Krause:

Ich bin genauso wenig wie die genannten Realisten gegen Global Zero, aber ich halte es für völlig unreal, zu erwarten, dass das Ziel realisierbar ist und bin mir auch nicht sicher, ob Global Zero wirklich mehr Sicherheit bringt. Und ich halte es daher ökonomisch auch für völlig unsinnig, dutzende von Stellen im Auswärtigen Amt und in Forschungsinstituten dafür bereitzustellen, diesen Traum immer wieder durch zu deklinieren. Andererseits haben wir keine Stelle in Deutschland, die sich mit den realen Problemen befasst. Und wir haben reale Probleme im nuklearen Bereich. Wohin entwickelt sich die trilaterale Konkurrenz zwischen Russland, China und den USA? Was ist, wenn sich China und Russland strategisch eng an einander binden? Wie reagieren wir auf die Tatsache, dass Russland in seiner

Militärdoktrin Kernwaffen eine zentrale Rolle als Instrumente der Eskalationskontrolle bei regionalen Kriegen zuweist? Das ist eine ganz andere Art und Weise, sich an diese Dinge heranzudenken, die uns sehr direkt betreffen.

Um nur zwei Beispiele zu nennen. Im Bezirk Kaliningrad wird mittlerweile wieder ein Nuklearwaffenlager der Russen modernisiert wird, was darauf hinweist, dass dort Kernwaffen wieder gelagert werden sollen. Auf der Kola-Halbinsel baut Russland in wirklich großem Umfang Nuklearbunkerkapazitäten auf. Das sind reale Entwicklungen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Und es macht dann wenig Sinn, wieder die gleichen Debatten aus dem NV-Multilateralismus immer wieder durchzukauen.

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Ja, vielen Dank. Oliver Thränert, noch eine Grundsatzfrage: In einem neuen Papier der CSS-Analysen schreibst Du, ich zitierte mal „Atomare Abrüstung ist aus Sicht der Rüstungskontrolle nicht per se sinnvoll, sondern bleibt

dem Stabilitätskriterium unterworfen“ – kannst Du den Satz nochmal etwas erläutern?

Dr. Oliver Thränert:

Ja, erstmal super, dass ihr unsere Publikationen lest, vielen Dank. Ja, worum geht es bei dem Argument, was ich da gemacht habe. Ist eigentlich ein sehr, sehr altes Argument, was schon aus der amerikanischen Debatte der Fünfziger und Sechziger Jahre stammt. Das ist eigentlich überhaupt nicht fürchterlich neu. Es geht darum, dass nukleare Abrüstung dann, wenn sie nicht entsprechenden Kriterien unterworfen ist, nämlich Stabilitätskriterien, die Welt unsicherer macht und nicht sicherer. Worum geht es dabei? Wenn wir in einer Welt leben, in der es keine Kernwaffen mehr gibt, aber jeder Angst haben muss, dass Kim Jong-un daran bastelt, dann wird diese Welt natürlich nicht besser sein als die Welt, in der wir jetzt leben. Sondern sie wird eine unsicherere Welt sein. Das heißt, darüber haben auch die Amerikaner in den Fünfziger und Sechziger Jahren schon nachgedacht – wir brauchen ein umfassendes Inspektionssystem, ein Verifika-

tionssystem, auf das sich alle Staaten verlassen können. Und wenn ich das mal bis zum Ende durchdenke, dann komme ich eigentlich zu dem Schluss, dass ein solches Verifikationssystem ein Maß an Transparenz erfordern würde, dass man eigentlich davon ausgehen muss, dass eine solche Welt ohne Kernwaffen überhaupt nur dann möglich ist – wenn sie überhaupt möglich ist –, wenn alle Staaten Demokratien sind. Und hier sieht man schon, wie hoch die Messlatte ist, wenn wir über diese Frage sprechen und deswegen sage ich: Nukleare Abrüstung an und für sich darf nicht das Ziel sein, sondern es muss darum gehen, dass wir uns darüber unterhalten und darüber sprechen, wie wir mit Atomwaffen so leben, dass auch weiterhin Atomwaffen nicht eingesetzt werden. Und hier ist meine große Sorge eben, wie ich vorhin gesagt habe, dass das völlig aus dem Blick geraten ist, dass überhaupt keine Verhandlungen über die Kontrolle von Kernwaffen geführt werden zwischen den Großmächten – weder zwischen den USA und Russland, China ist ins Spiel gebracht worden von Joachim Krause. Ich kann sozusam-

gen die Schraube noch eins weiterdrehen und sagen: die eigentliche Gefährlichkeit sehe ich sogar nicht mal unbedingt im amerikanisch-russischen Verhältnis, sondern im asiatischen Dreieck China, Indien, Pakistan. Also wenn mich jemand fragen würde, wo würde denn der nächste Atomkrieg – hoffentlich wird das nie der Fall sein – stattfinden, würde ich sagen, zwischen Indien und Pakistan.

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Vielen Dank. Oliver Meier. Blicken wir noch einmal auf unsere Region etwas genauer und nehmen einen wichtigen Rüstungskontrollvertrag in den Blick, der schon bei Niels Annen und in der Diskussion mit Oberst Sivow eine Rolle gespielt hat: der INF-Vertrag. Es ist nicht jeder Experte hier in diesem Raum, aber vielleicht kannst Du uns nochmal erläutern: Was steht auf dem Spiel, wenn der INF-Vertrag kippt? Warum ist der so wichtig?

Dr. Oliver Meier:

Ja, der INF-Vertrag war der erste nukleare Abrüstungsvertrag am Ausgang des Kalten Krieges 1987,

der zwischen Reagan und Gorbatschow damals abgeschlossen wurde, der den Boden bereitet hat, sowohl politisch als auch im Bezug viele Verfahren für weitere Rüstungskontrollverträge. Er sieht vor, das ist schon gesagt worden, die Abrüstung bodengestützter Mittelstreckenwaffen und ist seitdem sozusagen der Boden auf dem viele andere, weitere Verträge entwickelt worden sind. Was jetzt eben im Raum steht, sind Vorwürfe der USA und der NATO, dass Russland hier im Geheimen einen neuen, bodengestützten Marschflugkörper entwickelt. Russland hat auch gesagt, es gibt dieses System, dessen Kennung bekannt ist, 9M729. Russland aber sagt, es ist vertragskonform, ohne zu zeigen und zu demonstrieren, dass dieser Marschflugkörper tatsächlich vertragskonform ist. Und das, wie wir gehört haben, wirft eben Fragen auf. Wenn es tatsächlich so wäre, warum zeigt man das System nicht? Russland hat umgekehrt eine Reihe von Vorwürfen der NATO und der USA erhoben und den wichtigsten haben wir auch schon aus dem Publikum gehört, dass es eben

hier eine NATO-Raketenabwehrbasis in Rumänien – eine zweite wird es in Polen geben in zwei Jahren – hier prinzipiell nutzbar wäre um bodengestützte offensive Systeme zu stationieren. Beide Vorwürfe könnte man durch technische Möglichkeiten aus der Welt schaffen, ich bin Mitglied in einer deutsch-russischen-amerikanischen Kommission, der Deep Cuts Kommission, da haben wir so etwas auch diskutiert und versucht, Möglichkeiten zu eröffnen – allein die Offenheit fehlt und der Wille, vor allen Dingen von russischer Seite auch, muss man sagen, hier tatsächlich das zu tun, aber man könnte eben reziprok eben auch anbieten auf NATO-Seite hier im Bereich der Raketenabwehr mehr Transparenz zu zeigen und diese russischen Sorgen auszuräumen.

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Vielen Dank. Karl-Heinz Kamp, Deiner Meinung nach – und Du bist jetzt nicht hier als Sprecher der Bundesregierung – aber Deine persönliche Meinung: Verletzt Russland den INF-Vertrag und wenn ja, wie sollten wir darauf reagieren?

Dr. Karl-Heinz Kamp:

Also nach allem, was an Informationen vorliegt, ist es eine Verletzung des INF-Vertrages. Russland hat allerdings auch einen Punkt, wenn – da geht es um rein technische Dinge, ob man in diesen Raketenanlagen eben auch entsprechende Waffen laden kann, die ebenfalls so weit gehen. Das Ganze hat einen etwas skurrilen Charakter, wenn Sie das versuchen, dem Bürger zu erklären. Das geht so ein bisschen in diese nukleare Theologie herein, denn der reale Effekt ist relativ gering. Also wenn Russland nun diese Vertragsverletzung hat, heißt es nicht, dass Russland irgendetwas Nukleares macht. Wenn die NATO oder wenn die USA eine Raketenabwehr haben, heißt es nicht, dass das ein besonderer Ausweis der Aggressivität ist. Die große Gefahr ist, dass ein Vertrag gekündigt wird – entweder von beiden Seiten oder von einer Seite, und gerade heute trifft sich die NATO in London um darüber zu sprechen, wie man darauf reagiert –, ein Vertrag, der von immensem symbolischem Wert ist. Und das wäre eine Tragik, die gerade in einer Zeit, wo wir sehr

viele Spannungen haben, wo wir, wie der Staatsminister sagte, auf beiden Seiten problematische Persönlichkeiten an der Spitze des Staates haben, die vielleicht sehr mit diesem Symbol arbeiten. Da geht etwas kaputt, was wir schwer reparieren können, wo man vielleicht sagen kann, „in der Sache ist es gar nicht die ganz große Veränderung auf der Welt“, aber das einer der ganz wenigen, der letzte wirklich ganz große Abrüstungsvertrag gekillt wird – von wem auch immer – wäre ein riesiges Problem.

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Vielen Dank. Ich möchte jetzt noch den Blick auf, je nach Zeit, ein oder zwei Hotspots aus dieser Thematik lenken und zunächst Oliver Thränert fragen: Warum ist das Nuklearabkommen mit dem Iran so wichtig? Und warum ist es ein so großer Fehler – und ich bin mir sicher, wir haben gleich noch eine Gegenrede dazu – warum ist es aus deiner Sicht so ein großer Fehler, dass Donald Trump das gekündigt hat und welche Konsequenzen erwartest Du daraus?

Dr. Oliver Thränert:

Das Abkommen mit dem Iran ist wichtig, weil es, wie ich vorhin schon gesagt habe, der erste Fall ist, in welchem es gelingen könnte, einen Staat, der illegal ein Atomwaffenprogramm verfolgt hat, wieder zu einem Staat zu machen, der als Nicht-Kernwaffenstaat Mitglied des NVV ist – und zwar mit diplomatischen Mitteln. Warum ist es ein Fehler seitens der Amerikaner, dieses Abkommen aufzukündigen? Weil es eine schwere Belastung für die transatlantischen Beziehungen ist. Die Europäer haben seit 2003, Deutschland, Frankreich, Großbritannien an allererster Stelle, einen hervorragenden Beitrag geleistet, damit es überhaupt zu diesem Abkommen kommen konnte – ohne diesen Beitrag wäre es niemals dazu gekommen und die Iraner hätten unter Umständen vielleicht heute schon Kernwaffen. Und zweitens, es besteht die Gefahr, dass die Hardliner im Iran diese Steilvorlage von Trump und seiner Administration dankend annehmen und aus dem NPT, aus dem nuklearen Nichtverbreitungsvertrag, austreten, Atomwaffen bauen und die Folge

davon wird sein, dass wir eine, gerade für uns Europäer besonders besorgniserregende nukleare Dynamik im gesamten Nahen und Mittleren Osten sehen werden – und ich nenne hier nur die Stichworte Saudi-Arabien, aber auch Türkei, ich habe es vorhin schon angesprochen, beides Länder, die die zivile Nutzung der Kernenergie intensivieren und nicht bereit sind, auf sensitive Technologien wie Uran-Anreicherung zu verzichten. Und der Widerspruch zwischen Iran und Saudi-Arabien ist ja offensichtlich. Im Moment hat Saudi-Arabien noch keine sehr weit fortgeschrittene Infrastruktur, das ist richtig, aber sie haben sehr viel Geld und ich kann mir auch schon ein paar Staaten überlegen, die gerne bereit wären, entsprechende Infrastruktur zu liefern.

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Vielen Dank. Ich bin persönlich weigere mich so ein bisschen, die Amerikaner und auch Donald Trump als Hasardeure zu betrachten. Joachim Krause, gibt es auch Punkte, die wir uns vielleicht anschauen sollten, die rational sind in dieser Aufkündigung des Nu-

klearabkommens oder würden auch Sie es als schweren Fehler bewerten?

Prof. Dr. Joachim Krause:

Ich möchte hier nicht Donald Trump verteidigen. Aber ich finde, wir Europäer haben, was das JCPOA betrifft, eine gewisse Arroganz entwickelt, die mir Sorgen bereitet. Dieses Abkommen war eigentlich gedacht als ein erster Schritt um den Iran wieder an die westliche Welt heranzuführen und das politische Verhältnis zu entspannen, um den Boden auch für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen zu bereiten. Leider ist das Gegenteil eingetreten. Das Problem ist der expansive Drang der iranischen Außenpolitik, der innenpolitisch motiviert ist und durch die starke Rolle der Pasدران und bestimmter Kräfte im iranischen Establishment ständig aufrechterhalten wird. Hinzu kommt der notorische Israel-Hass, der das gesamte politische Establishment einigt. Wir schauen nur auf die Rüstungskontrolle und achten die anderen Aspekte nicht genügend. Das Abkommen war unter rüstungskontrollpolitischen Ge-

sichtspunkten in Ordnung, aber es war zeitlich befristet und sollte Zeit verschaffen, um eine Bereinigung der politischen Beziehungen zu Teheran zu ermöglichen. Wir haben diese Zeit nicht genutzt, sondern verschanzen uns hinter rüstungskontrollpolitischen Argumenten. Ich war auch nicht begeistert über die Aufkündigung des Abkommens durch Trump, aber die europäische Reaktion ist auch nicht überlegt. Wir versuchen nunmehr die amerikanischen Sanktionen zu unterminieren und das kann meines Erachtens zu keinem guten Ergebnis führen. Ich stimme zwar Oliver Trähnert zu, Trump stärkt die Radikalen im Iran, aber die amerikanische Politik wird dazu führen, dass der Iran wirtschaftlich niedergeht. Die Zeichen sind unübersehbar und wir werden am Ende so eine Situation haben wie seinerzeit mit Saddam Hussein unter den internationalen Sanktionen. Ich weiß gar nicht, ob die Iraner wirklich noch das Zeug haben, dann tatsächlich die Nuklearwaffenproduktion durchzuführen. Das Land ist wirtschaftlich gesehen in einer sehr prekären Lage und da hilft möglicherweise

auch der Griff zur Nuklearwaffe nicht.

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Vielen Dank. Bevor Oliver Thränert nochmal entgegenen kann, Karl-Heinz, hast Du noch Argumente, die für die amerikanische Sichtweise sprechen? Oder gibt es keine?

Dr. Karl-Heinz Kamp:

Nein, ich würde es ein bisschen abwandeln. Man kann ja mit Fug und Recht sagen, dass dieser Vertrag aus dem kriminellen Iran keinen Guten macht. Stimmt. Stimmt auch, dass das Abkommen nicht das Problem löst, sondern uns nur Zeit verschafft. Stimmt auch. Ist sicherlich beides eine Schwäche. Kompromisse sind nun einmal nie die Maximallösung, die man haben kann, sondern immer nur ein bisschen. Die große Gefahr von der Aufkündigung ist ja nicht nur, dass der Iran zu Nuklearwaffen zurückkehrt, in welcher Form auch immer. Sondern wenn er das tut, dann ist die Wahrscheinlichkeit das Saudi-Arabien in diesen großen Konflikt, den sie haben, Saudi-Arabien und der Iran um die Vorherrschaft in der Region,

ebenfalls auf Kernwaffen gehen. Dass Länder wie die Arabischen Emirate – oder wer auch immer über genügend Mittel verfügt –, auf einmal sagt, wir brauchen da eine Kompensation, das ist die große Sorge, die ich habe. Und da ist mir der unfertige, der sehr schwache Kompromiss immer noch lieber als eben diese Aussicht.

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Ja, vielen Dank. Oliver Thränert!

Dr. Oliver Thränert:

Zu der Frage, ob wir uns immer nur zu sehr auf die Rüstungskontrolle konzentrieren: Wenn man sich die Geschichte der nuklearen Rüstungskontrolle ansieht, dann war das immer eine sehr, sehr schwierige und in den seltensten Fällen wirklich auflösbare Problematik, nämlich das Verhältnis zwischen dem einen Ziel bei der Rüstungskontrolle mit einem bestimmten Land oder mit einer Ländergruppe Ziele zu erreichen und andererseits eben auch in dem allgemeinen politischen Umfeld – in den regionalbezogenen oder strategischen Beziehungen oder meinetwegen auch in

Hinsicht auf die Menschenrechte – Fortschritte zu erzielen. Das war immer eine sehr problematische Beziehung. Es ist aber so, dass man, wenn man bei der nuklearen Rüstungskontrolle überhaupt Fortschritte erzielen will, dann ist es manchmal unabdingbar, diese Fragestellungen von anderen politischen Fragestellungen zu trennen, weil wenn man alles mit allem verbindet, kommt man überhaupt nicht mehr weiter. Ich darf daran erinnern, dass 1968 die Sowjet-Armee und die Warschauer-Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei einmarschiert sind und ein Jahr später hat Richard Nixon die Verhandlungen über die SALT-Verhandlungen zur Begrenzung von strategischen Kernwaffen mit den Sowjets aufgenommen hat. Da hätte man auch sagen können: „Also

das ist jetzt ein Belohnungsakt für die Sowjetunion, den haben sie nicht verdient.“ Aber es war im gemeinsamen Interesse, sich über diese strategischen Nuklearfragen zu unterhalten und zu einem Abkommen zu kommen und das war gut so. Trotzdem bin ich natürlich ein massiver Gegner des Einmarsches des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei, das ist ja keine Frage. Aber es gibt Stellen in der Geschichte, und das wird auch in der Zukunft so sein – und bei Iran war das ganz genau so –, natürlich ist es nicht erwünscht, und natürlich ist es enttäuschend, dass Iran im Zuge des Syrienkriegs und seines dortigen Engagement und anderer Aktivitäten, auch im Irak, seinen Einfluss jetzt verstärkt hat, anstatt dass wir auch dort zu eher kooperativen Beziehungen gekommen sind. Aber hätte Obama das alles miteinander vermischt, hätten wir erst überhaupt kein Abkommen in der Nuklearfrage bekommen. Und das wäre nach meinem Dafürhalten noch schlechter gewesen.



Prof. Dr. Johannes Varwick:

Ok, vielen Dank. Ich möchte noch zu zwei Themen eine kurze Talkshowrunde machen, mit der Bitte um wirklich ganz kurze Antworten, drei Sätze, und alle kriegen die gleiche Frage. Oliver Meier, was ist der gefährlichere Konflikt: Nordkorea oder Indien und Pakistan, mit der Frage nuklearer Eskalation? Ganz kurz!

Dr. Oliver Meier:

Oh, jetzt wird es aber sehr talkshowmäßig. Die Antwort in einem Satz wäre: Nordkorea kurzfristig, Indien-Pakistan mittelfristig. Sicherlich ist für das Nichtverbreitungsregime Nordkorea im Moment entscheidend, weil da auch die Rolle der USA sehr viel stärker im Mittelpunkt steht und die Rolle der USA als Stütze und als Architekt der Nichtverbreitung. Das ist ja der andere Aspekt, der hier auch beim Iran wichtig ist, dass die USA hier eben eine 180 Grad Wendung vollführt haben in Bezug auf ihre Rolle im Nichtverbreitungsregime und dass sehen wir bei Nordkorea eben auch. Und das – das wäre der letzte dritte Satz – macht diesen Konflikt eben auch so wichtig.

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Vielen Dank. Oliver Thränert, drei Sätze: Nordkorea oder Indien-Pakistan, was ist gefährlicher?

Dr. Oliver Thränert:

Ich möchte erstmal einen Satz loswerden, der mir sehr auf dem Herzen liegt, den ich auch an einen deutschen Universitätsprofessor, Johannes Varwick, und andere hier im Raum, richte: Wenn wir tatsächlich eine deutsche Debatte, eine ernsthafte deutsche Debatte über die ganze Nuklear- und Kernwaffenfrage führen wollen, dann brauchen wir eine sehr viel breitere Expertengemeinde. Wir müssen den Nachwuchs fördern. Ich will den hier Anwesenden nicht zu sehr auf die Füße treten, ich meine, wir sind hier vorne auch nicht die allerjüngsten, aber wir brauchen vor allen Dingen junge Leute, die sich – und auch Frauen – die sich mit diesen Fragen auseinandersetzen um diese Debatte intensivieren zu können. Das andere ist, ich habe es vorhin schon gesagt zu Deiner Frage. Pakistan und Indien, das macht mir große Sorgen. Denn einerseits spielen Kernwaffen für die Pakistani in ihrer Militärdok-

„Wenn wir tatsächlich eine deutsche Debatte, eine ernsthafte deutsche Debatte über die ganze Nuklear- und Kernwaffenfrage führen wollen, dann brauchen wir eine sehr viel breitere Expertengemeinde. Wir müssen den Nachwuchs fördern.“

- Dr. Oliver Thränert

trin eine immer größere Rolle und andererseits sagen die Inder ganz klipp und klar: „Sollte hier jemals auf unserem Territorium wieder ein Terroranschlag – wie beispielsweise in Mumbai – stattfinden, dann werden die Pakistani nicht ungeschoren davonkommen.“ Und das hat ein erhebliches Eskalationspotenzial.

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Vielen Dank. Joachim Krause, ich weiß, es ist schwierig für Sie, aber ganz kurz: Was ist gefährlicher: Nordkorea oder Indien-Pakistan?

Prof. Dr. Joachim Krause:

Weder noch. Für mich ist das Hauptproblem, wie sich die strategische Konkurrenz zwischen Russland, USA und China entwickelt und was daraus für europäi-

sche Sicherheit folgt. Hier liegen die eigentlichen Probleme.

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Ok, Karl-Heinz?

Dr. Karl-Heinz Kamp:

Erster Satz: Es ist so ein bisschen die Wahl zwischen Pest und Cholera, also eigentlich beide. Zweiter Satz: Ich habe mit Indien und Pakistan eigentlich weniger Probleme, weil sie beide offenbar – das haben sie in einem Fall gezeigt – gelernt haben, mit nuklearen Drohungen umzugehen; sie haben unmittelbar, nachdem sie Nuklearmächte wurden, beide, einen Krieg gegeneinander geführt, einen sehr brutalen, und haben nicht auf Kernwaffen zurückgegriffen. Sie haben offenbar verstanden, dass das eine Büchse

der Pandora ist, die man besser nicht aufmacht, wenn man nicht weiß, ob man sie wieder zukriegt. Letzter Satz: Deswegen ist für mich Nordkorea das größere Problem, weil in der Tat, wie eben gesagt wurde von Joachim, da geht es um ein Regimeüberleben. Sie wissen nie, wie irrational ein Regime reagieren kann.

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Vielen Dank. Zweite kurze Talkshowrunde - ich weiß, es ist schwer. Joachim Krause, welche Mächte können globale, nukleare Abrüstung vorantreiben – und was können die Europäer oder die Deutschen tun? Und die Antwort könnte auch lauten: „Nichts“. Aber vielleicht haben Sie eine andere...

Prof. Dr. Joachim Krause:

Ich kann nicht ganz nachvollziehen, warum wir unbedingt jetzt in nukleare Abrüstung investieren sollten. Unsere Sicherheit bleibt weiterhin von nuklearer Abschreckung abhängig und da sollten wir uns ein wenig zurückhalten mit den Forderungen nach nuklearer Abrüstung. Ich sehe unsere Aufgabe eher darin, dass

wir uns der strategischen Herausforderungen und Problemen bewusst werden, die realiter vor uns liegen. Dort sollten wir mehr investieren – und zwar in Köpfe, die es verstehen die internationale Lage Deutschlands und Europas gründlich zu analysieren und daraus politisch verwertbare Schlüsse zu ziehen.

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Karl-Heinz Kamp, wer kann gestalten und können wir das sein?

Dr. Karl-Heinz Kamp:

Ich glaube es können wir sein, es kann auch die NATO sein, es muss auch die NATO sein, denn die NATO hat 2012 eine Nuklearstrategie herausgegeben, die „Deterrence and Defence Posture Review“ heißt das Ding, es liest sich genauso schwer, wie der Titel schon andeutet. Darin sagt sie im Wesentlichen einen Punkt, 2012: „The current nuclear posture“, das was wir derzeit an nuklearer Abschreckung haben, „is sound“, ist richtig so. Das war zu einer Zeit, da hatten wir den arabischen Frühling, wir hatten noch nicht die Annexion der Krim, wir hatten noch nicht eine grundlegende

Verschlechterung der Sicherheitspolitik in Europa – wenn das alles so ist, dann kann das, was wir nuklear heute haben, nicht mehr „sound“ sein, wenn es damals „sound“ war, kann es heute nicht mehr „sound“ sein. Also müssen wir grundlegend über Abschreckung und Rüstungskontrolle diskutieren.

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Vielen Dank. Oliver Meyer, wer kann globale, nukleare Stabilisierung vorantreiben und können wir es sein?

Dr. Oliver Meier:

Also in der Verantwortung sind natürlich die USA und Russland in erster Linie, die mehr als 90 Prozent der Atomwaffen besitzen. Knapp fünfzehntausend Sprengköpfe haben wir vermutlich noch in der Welt – mehr als 90 Prozent davon sind in diesen beiden Staaten. Von daher ist klar, wo sozusagen hier die ersten Ansprechpartner sind. Ich würde aber auch anknüpfend an Karl-Heinz Kamp sagen, diese – aus meiner Sicht falsche – Gegenüberstellung von Diskussionen über Strategie, strategische Stabilität und Rüstungs-

kontrolle, Abrüstung muss man aufbrechen. Das sieht man unter anderem auch daran, dass sowohl in der NATO, aber auch von deutscher Seite betont wird: Wir müssen die Voraussetzungen, die Bedingungen für nukleare Abrüstung schaffen. Das ist auch das, was die Atomwaffenstaaten selbst einfordern – ohne allerdings klar auszubuchstabieren, was denn die Bedingungen wären, unter denen sie bereit sind, abzurüsten. Und das wäre glaube ich auch ein deutscher Beitrag, einen solchen Dialog zu fördern, zu sagen: Was genau wären denn die Umstände unter denen bestimmte Abrüstungsschritte möglich wären?

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Vielen Dank. Oliver Thränert.

Dr. Oliver Thränert:

Ich finde es müssen angesichts der Tatsache, dass wir es in Washington mit Donald Trump und in Moskau mit Wladimir Putin zu tun haben – ungeachtet der Tatsache, dass natürlich die Hauptverantwortung bei Russen und Amerikanern liegt, wenn es um die Zukunft der nuklearen Rüstungskontrolle geht – hier

europäische Initiativen entwickelt werden. Und hier ist Deutschland natürlich gefordert, und hier kommt es darauf an, dass man natürlich den Dialog mit Frankreich und Großbritannien pflegt, und wenn man den pflegen will, und wenn man den weiterentwickeln will, und wenn man hier gemeinsame europäische Initiativen ergreifen will, dann darf das Ziel der Abschaffung aller Kernwaffen logischerweise nicht, sozusagen, ganz oben auf der Rangordnung stehen. Sondern da muss man, wenn man mit den Franzosen ernsthaft über diese Fragen sprechen will, muss man davon ausgehen, dass Kernwaffen in der Welt sind und dass es darum gehen muss, diese nukleare Abschreckung zu stabilisieren und dass Europa einen Beitrag dazu leisten muss. Das muss aber mit Frankreich und mit der force de frappe und mit den britischen Kernwaffen gehen und nicht mit dem ersten Anspruch: Wir Deutsche wollen die nukleare Abrüstung und alles andere ist für uns nicht so wichtig. Dann ist dieser europäische Dialog sofort abgelöscht.

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Vielen Dank. Meine Damen, meine Herren. Ich habe meinem Freund Rolf Clement, Moderator des nächsten Panels, versprochen, dass wir pünktlich anfangen und ich nicht überziehe – dabei bleibt es auch. Aber ich möchte jetzt noch eine Schlussfrage an alle vier Panellisten richten und zwar Euch die Aufgabe geben, zu skizzieren, welche Rolle Nuklearwaffen nach Eurer jeweiligen Einschätzung im Jahr 2035 haben werden. Das ist ja modern geworden in Berlin und anderswo, das man strategic foresight macht und das machen wir jetzt auch mal. Was, ganz kurz, 2035, welche Rolle werden Nuklearwaffen haben? Und vielleicht können wir unterscheiden nach Wünschen und Erwartungen. Karl-Heinz Kamp, welche Rolle 2035?

Dr. Karl-Heinz Kamp:

Sie werden weiter ein Faktor in der internationalen Politik sein. Wir werden einige neue Nuklearstaaten haben, wir haben sie eben genannt: Iran, Saudi-Arabien. Das muss nicht unbedingt ein Problem sein, wenn wir bis dahin ein regime change in den Län-

dern haben, den man nicht völlig ausschließen kann. Es werden einige Staaten garantiert nicht Nuklearmacht sein, es wird nicht Deutschland sein, es wird nicht die Europäische Union sein. Die Rolle Russlands ist schwer abzuschätzen, weil sie als declining power, als eine Macht im Niedergang, gilt. Die ein Bruttoinlandsprodukt von etwas weniger hat als Italien, wie die weiter in der oberen Riege mitspielen wollen, weiß ich nicht. Das muss aber nicht gut sein, weil das zu einem instabilen und noch aggressiverem Russland führen kann.

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Vielen Dank. Joachim Krause, 2035: Wünsche und Erwartungen?

Prof. Dr. Joachim Krause:

Wir sind nicht in der Lage uns zu wünschen, was im Jahr 2035 die Rolle von Kernwaffen sein wird. Das hängt von anderen Akteuren ab. Wenn Präsident Putin weiterhin eine große Rolle für Kernwaffen in seiner Politik sieht, dann werden sie eine große Rolle spielen. Und wenn Herr Trump oder sein Nachfolger Kernwaffen eine

große Rolle zumisst, dann wird es ebenso sein. Und wir werden auch China nicht daran hindern können Kernwaffen zu modernisieren. Wir können höchstens versuchen die wenigen Stellschrauben, die es gibt, zu nutzen. Die werden wir aber nur dann nutzen können, wenn wir aufhören entweder den Weltuntergang zu beschwören oder entgegen aller Wahrscheinlichkeit die Realisierbarkeit der nuklearen Abrüstung zu betonen. Diese Welt ist kein Nimmerland, wo jeder das bekommt, was er sich wünscht.

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Ok, vielen Dank. Oliver Meier, 2035, Deine Erwartungen, Deine Wünsche?

Dr. Oliver Meier:

Vielleicht Befürchtungen und Wünsche: Meine Befürchtung ist, dass tatsächlich die Gefahr eines Atomwaffeneinsatzes weiter steigt. Wir sehen schon jetzt deutliche Tendenzen in diese Richtung. Wegen der Vermischung von Großmächtekonflikt und auch nuklearer Abschreckung, wegen der technologischen Entwicklung, wie Niels Annen das,

glaube ich, genannt hat, von konventionellen, nuklearen Technologien. Wegen den Persönlichkeiten, wegen der drohenden Proliferation oder tatsächlichen Proliferation, vor allen Dingen in Vermischung mit Regionalkonflikten. Das ist meine Befürchtung. Mein Wunsch, meine Hoffnung ist, dass die Einsicht in diese Gefahren dazu führt, dass ein ernsthafter Dialog wieder auf der Basis des Nichtverbreitungsvertrages stattfindet, wie man diese Gefahren verringern kann. Der nächste wichtige Punkt ist 2020, die Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages mit sehr hohem Symbolgehalt. 75 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki, 25 Jahre nach der unbegrenzten Verlängerung des Vertrages mit der Hoffnung auf mehr Abrüstung. Und das ist sicherlich auch für Deutschland ein wichtiges Handlungsfeld, dass man hier die Mitte in der internationalen Staatengemeinschaft wieder stärkt.

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Vielen Dank. Oliver Thränert, das letzte Wort in dieser Runde: 2035, Deine Wünsche und Erwartungen?

Dr. Oliver Thränert:

Ich mache es jetzt ganz kurz. Meine Befürchtung ist, dass es bis dort-hin, bis 2035, eine politische Krise – wo auch immer sie stattfindet – nuklear außer Kontrolle gerät und wir einen Atomkrieg sehen. Und wir am anderen Morgen ganz anders, in einer ganz anderen Welt aufwachen als bisher. Meine Hoffnung ist, dass es nicht eintritt, sondern dass wir stattdessen zu einer Politik der gemeinsamen Verantwortlichkeit für das gemeinsame Überleben, zunächst einmal mit Kernwaffen, zurückkehren.

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Vielen Dank! Meine Damen, meine Herren. Joachim Krause, Karl-Heinz Kamp, Oliver Meier, Oliver Thränert – eine spannende Runde, wie ich finde. Ich finde, wir haben gehaltvoll diskutiert, nicht alles ausdiskutieren können, wir haben ja ein bisschen was für das nächste Panel übergelassen, an das ich jetzt hiermit nahtlos übergebe und Rolf Clement wird das moderieren. Vielen Dank für die Runde!





Panel 2 „Europäische Perspektive - Renaissance der Nuklearstrategien?“

Moderation:
Rolf Clement

Teilnehmer:
Prof. Dr. Christian Hacke

Roderich Kiesewetter, MdB

General a.D. Harald Kujat

Michael Rühle

Rolf Clement:

So, wir werden auch gleich nahtlos weitermachen. Es ist eine der wenigen Konferenzen dieser Art, die ich kenne und erlebt habe, wo wir derartig zeitgenau arbeiten. Hier müssen wir das aber auch, weil die Deadline eine ist, die vom Haus vorgegeben wird. Insofern versuchen auch wir mit diesem Panel, pünktlich aufzuhören. Das letzte Panel ist in der letzten Runde schon sehr nahe darangekommen an das, was wir jetzt besprechen sollen. Deswegen können wir da im Prinzip relativ nahtlos anfangen und ich kann jetzt eigentlich nur die Diskutanten vorstellen – auch nur ganz kurz, Sie alle kennen ja heute die Protagonisten hier.

Christian Hacke hat jahrelang an der Universität Bonn Politik gelehrt und geforscht. Jetzt genießt er das Forschen und Nachdenken in seinen Garten in der Nähe von Kiel und hat uns in diesem Sommer mit der These überrascht, auch Deutschland solle sich überlegen – es ist gerade schon angesprochen worden –, ob es nicht eine eigene Nuklearwaffe brauchen könnte, ob das nicht sinn-

voll sein könnte. Wir werden sicherlich gleich hören, was hinter dieser Idee steckt. Michael Rühle ist einer der Experten in diesem Bereich, der sich auch schon seit vielen Jahren bei der NATO mit diesen Nuklearfragen befasst. Und ich habe heute gelernt, dass er sich schon seit acht Jahren mit Energiepolitik beschäftigt. Das versetzt ihn heute in die Lage, seine persönliche Meinung zu sagen und nicht die der NATO vertreten zu müssen. Deswegen ist das für uns ein großer Gewinn, dass er mit seiner Expertise hier ist. Harald Kujat hat sich beruflich sehr viel mit der Nuklearstrategie beschäftigt, als Militärpolitiker im Verteidigungsministerium, als Generalinspekteur und als Vorsitzender des NATO-Militärausschusses. Und wer ihn seitdem verfolgt hat, könnte zu dem Eindruck kommen, dass er heute vielleicht doch das eine oder andere etwas anders sieht als seinerzeit in seinen Funktionen. Aber dazu kann er gleich auch selber etwas sagen. Last but not least ist Roderich Kiesewetter bei uns. Abgeordneter im Deutschen Bundestag, er ist Mitglied der CDU/ CSU-Bundestagsfraktion

und Obmann seiner Fraktion im Auswärtigen Ausschuss des Bundestags.

Also medias in res, Christian Hacke, gibt es einen Grund für Deutschland, sich nuklear zu bewaffnen – was ist die Ratio in dieser Idee aus dem Sommer?

Prof. Dr. Christian Hacke:

Erstmal bedanke ich mich ganz herzlich für die Einladung. Bevor ich auf die Antwort komme auf diese Frage, kurz vorweg: Es gibt wohl kaum ein Thema, was Deutschland so polarisiert wie die Nuklearfrage und wir haben, wie ich finde, eine sehr starke Tendenz in der deutschen Politik, sowie in der Bevölkerung als auch bei den sicherheitspolitischen Eliten, der Dämonisierung von Nuklearwaffen. Nun will ich nicht die Sache idealisieren. Aber ich darf Sie daran erinnern, dass Millionen von Kriegsgräbern aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg eine Tatsache bestätigen: Es war die vornukleare Zeit – es gab keine nukleare Abschreckung – und hier wurde es vorhin auf dem Panel, ich glaube von Joachim Krause, auch angedeutet: Nuklearwaffen

können auch eine stabilisierende Funktion haben. Und das ist mir eigentlich wichtig von Anfang an: Einen Weg zu finden, weder zu dämonisieren noch zu idealisieren, sondern die Realitäten des nuklearen Zeitalters – und des zweiten nuklearen Zeitalters, des 21. Jahrhunderts – zu sehen. Also nicht nur auf den Kalten Krieg zurückzugehen, sondern auch, wie sich die weitere Entwicklung darstellt.

Und da glaube ich, ist auch vorhin angesprochen worden, das Entscheidende sind die Umstände. Wie immer, meine Damen und Herren. Die Umstände haben sich dramatisch verändert. Auch in der Sicherheitslage für Europa und natürlich in der Weltpolitik – und nicht erst seit Donald Trump! Aus meiner Sicht haben wir einen Niedergang der westlichen, wenn Sie wollen, Zivilisation: der Vereinigten Staaten, der Europäischen Union, wir haben eine große Krise der Gemeinschaftsinstitutionen, der Europäischen Union, der NATO, was ist die NATO noch? Ist es nur noch ein kollektives Sicherheitssystem, können wir darauf noch setzen?

Und das Gefährliche dabei, finde ich, der Gewöhnungseffekt! Man gewöhnt sich daran! Wir sind in einer Dauerkrise und die Frage ist, ob wir die Probleme aus deutscher Sicht adäquat benennen und offen darüber sprechen.

Nun nehmen wir mal die deutsche Sicherheitspolitik und das haben wir auch zum Teil in den vergangenen Wochen und Monaten wieder gehört, ich würde auch sagen beim Staatsminister. Die Nuklearfrage reduziert sehr gerne auf die Idealisierung von Global Zero, Abrüstung – und ich habe auch zwei Reden des Außenministers gehört – ich habe nichts davon gehört wo die problematischen Realitäten auftauchen. Also wie steht es um erweiterte Abschreckung? Ist die amerikanische Nukleargarantie noch haltbar? Was sind dann die Alternativen? Wo stehen wir geostrategisch? Gibt es überhaupt eine Strategie in die die Bundeswehr eingebettet ist? Wo sind die Prioritäten? Was ist geopolitisch für uns wichtig? Welche Rolle spielt die Landesverteidigung? Alles aus meiner Sicht vielleicht ein bisschen zu schwammig. Nun, ich bin

jetzt ein bisschen zu alt vielleicht schon. Und glauben Sie nicht, dass ich denke, alles was ich sage ist der Weisheit letzter Schluss – alte Männer sind sowieso nur zu ertragen mit einem Stich von Selbstironie und Selbstzweifel. Und das muss ich Ihnen sagen, alles was ich sage, das kommt bei mir auch durch. Ich hoffe, dass kommt durch.

Aber fangen wir mal bei uns an, bevor das Trump-Bashing, das ja bei uns in der deutschen Politik sehr beliebt ist, gucken wir uns doch erstmal an, was bei uns ist in der Sicherheitspolitik. Die Nachrichten der letzten Monate möchte ich gar nicht kommentieren. Überspitzt: Nichts fliegt, nichts schwimmt, nichts läuft. Wir haben keine angemessene sicherheitspolitische Kultur. Wir sonnen uns zum Teil, dass wir sagen: Die Amerikaner sollen doch ihre Nuklearwaffen abziehen. Oder wir sprechen von Gegenmachtbildung: Die Europäer und die Deutschen voran, der Außenminister will es so, wir sollen Gegenmachtbildung machen. Ja, meine Damen und Herren, Macht ist doch der Faktor. Und ich sage

nur: Moralische Überheblichkeit ist kein Ersatz für kluge Bescheidenheit. Darüber sollten wir nachdenken. Also das ist eine Einstellung, von der ich meine, dass sie weder unseren eigenen Sicherheitsinteressen dient, noch dass es die Bereitschaft der USA für erweiterte Abschreckung für Deutschland verstärkt!

Als Nächstes: Wir haben eine völlig veränderte politische Position in den deutsch-amerikanischen Beziehungen. Wir sind heute der Lieblingsfeind der Amerikaner, sagen wir mal von Donald Trump – er ist ja nicht ganz unwichtig. Dass ist eine historisch dramatische Veränderung. Und die haben wir uns – zum Teil, wie ich es eben genannt habe – selbst zuzuschreiben. Und da müssen wir eigentlich mal überlegen: Wie sollte man auf diese Situation reagieren? Und dann ist da natürlich die Frage: Was können wir tun mit Blick auf nukleare Abschreckung? Das wäre auch aus meiner Sicht – auch wenn ich nicht mehr total daran glaube – die Frage nach der erweiterten Abschreckung. Die Schlüsselfrage ist: Ist Trump eine vorübergehende Erscheinung, so-

dass wir sagen können, nachher wird alles wieder die heile liberale Welt? Was ich nicht glaube. Oder ist er nur Ausdruck von strukturellen Veränderungen in der Weltpolitik – mehr Nationalismus, Populismus und vielen Dingen mehr? Und ich befürchte, das ist es! Unter diesen Bedingungen glaube ich, ist die amerikanische Nukleargarantie sehr zweifelhaft geworden. Nämlich Stichworte Neoisolationismus, Protektionismus. Noch eins: Ich als alter Kerl habe neulich immer gedacht, wie die meisten von Ihnen, das Kalte-Krieg-System ist gegeben. Und wissen Sie was, was ich immer mehr befürchte? Es war die Ausnahme! Die Amerikaner kehren zurück zu dem, was sie immer waren. Erstmal Wirtschaftsmacht und ansonsten Neoisolationismus. Sie werfen die Rolle der Weltordnungsmacht weg.

So, wenn diese Dinge so sind – und meine Sorge ist wirklich nur unsere Sicherheit, die deutsche Sicherheit – wenn diese Sorge berechtigt ist, dann müssen wir entweder was tun mit unserer eigenen Sicherheit im konventionellen Bereich, ich habe das

stichwortartig genannt, damit die Amerikaner bereiter werden, ihre Nukleargarantie wieder auf uns tatkräftig, nachdrücklich zu bestärken. Ich habe meine Zweifel, ich habe das eben nur kurz genannt.

als einer europäisch-autonomen Nukleargarantie. Das gilt für weite Teile der Sicherheitspolitik. So, wenn dem so ist – und ich gebe zu, ich überspitze ein bisschen, im Alter darf man das – dann bleibt nur die Frage nach dem weißen Elefanten. Nämlich wie steht es

„Moralische Überheblichkeit ist kein Ersatz für kluge Bescheidenheit.“

- Prof. Dr. Christian Hacke

Zweitens: Wenn wir also zweifeln, dass das nicht läuft, haben wir die europäische Variante. Will das jetzt nicht vertiefen, viele haben darüber räsoniert, wir zahlen ein bisschen bei den Franzosen, wir helfen den Engländern. Also de Gaulle, Mitterand, andere haben es immer gesagt: Nuklearmacht ist unteilbar, das ist ihr nationales Prestige sozusagen und ihre Stärke, die werden den Deibel tun und uns, meinetwegen, ihre Nukleargarantie zur Verfügung stellen. Ich sag es mal ein bisschen überspitzt, wir sind ja unter uns: Eher traue ich den Wasserpistolen meiner vier Enkelinnen

dann, wenn wir – und das ist unsere Achillesverse, das ist unsere Lebenslinie, selbst wenn man das nicht jeden Tag merkt – wie steht es dann mit der nuklearen Abschreckung für unser Land, wenn diese beiden Varianten fragwürdig sind? Und dann sage ich nur: Wir müssen darüber nachdenken, ob wir nicht eigene Nuklearstreitkräfte aufbauen. So, das ist natürlich mit diesen gegenwärtigen Eliten hier im Land, in der gegenwärtigen öffentlichen Meinung, können Sie es vergessen. Ja, das ist eine Sache, da bin ich längst tot, wenn überhaupt. Es wurde vorhin über 2035 gesprochen; ich

glaube dass es dann schon Möglichkeiten gibt, dass man eine deutsche Nuklearmacht aufbaut, das muss klug sein, das muss umsichtig sein. Konrad Adenauer wollte es schon haben, wenn Sie sich erinnern, Franz-Josef Strauß. Der Nichtverbreitungsvertrag war alleine gegen uns gerichtet, in einer damaligen Zeit, heute haben sich die Umstände verändert, *pacta sunt servanda* ist das eine, aber *rebus sic stantibus*, die Dinge verändern sich! Dann müssen wir auch darüber nachdenken.

Schwierigkeiten sind groß. Mein Hauptproblem: Russland. Und ich bin der Meinung, wir haben viele Fehler gemacht, mit der EU, mit der NATO, in der Erweiterung und Russlands Sicherheitsinteressen missachtet. Was bei allen weiteren Erörterungen einer deutschen Nuklearmacht wichtig wäre: Es darf nicht gegen Russland gedacht werden! Sondern es kann nur sein: Verteidigung unter optimalen Bedingungen gegen alle oder am besten nur für uns, also das darf nicht passieren.

Ich höre hier auf, ich wollte Ihnen nur sagen: die Ernsthaftigkeit der

Lage ist groß. Ich weiß, heute wird sich nichts rühren und mit einer Portion von Selbstironie sage ich: Das wichtigste ist mir, dass wir überhaupt darüber sprechen. Dass wir darüber eine Diskussion bekommen, dass wir einfach von der *political corectness* wegkommen und dass wir einfach über brisante Fragen offener sprechen denn je. Ich bin ein großer Bewunderer von unserer Bundeskanzlerin, aber ein Erbe ist fatal: das Alternativlose. Es ist nichts alternativlos. Und wir müssen auf alles vorbereitet sein! Jetzt kommt der letzte Satz: Es geht nicht um Krieg, meine Damen und Herren. Nuklearwaffen haben eine ganz zentrale politische Funktion, in einer politischen Krise – und gucken sie die letzten zwanzig, dreißig Jahre zurück und wir wissen nicht, was kommt – wollen wir nicht erpressbar sein. Und alleine Nuklearwaffen machen uns souverän, stärken die NATO, stärken den Westen und stärken die demokratische Welt. Das ist meine Auffassung.

Rolf Clement:

Das sind immer diese letzten Sätze mit sehr vielen Kommata. Mei-

ne Damen und Herren, wenn Sie auf die Uhr gucken, wir haben ausgemacht, jeder darf hier drei Minuten sprechen. Das Problem ist einfach, dass wir ein bisschen im Zeitdruck sind, aber man muss auch mal sowas extemporieren können, deswegen habe ich das in dem Fall mal laufen lassen. Herr Kujat, ist das richtig, was Herr Hacke sagt? Gewinnen Sie dem was ab? Sie haben sich ja lange Zeit sehr intensiv in der NATO, in der Bundeswehr, mit Nuklearwaffen befassen müssen. Wenn Sie jetzt mit dem Abstand zu Ihrer Dienstzeit darauf schauen: Ist die Analyse richtig? Ist sie zutreffend?

Harald Kujat:

Zunächst einmal: Die Lageanalyse von Professor Hacke, die finde ich sehr gut. Die kann ich fast hundertprozentig unterschreiben. Wenn es um die Nuklearwaffen geht, da müssen wir dann im Einzelnen darüber reden, aber wie er die Situation beschreibt, das finde ich völlig richtig. Es gibt da allerdings einen Schlüsselbegriff in seiner Argumentation und das ist die „Nukleare Garantie“ und dieser Begriff sagt mir gar nichts.

Das muss ich bei der Gelegenheit einmal sagen, Abschreckungs-garantie, das akzeptiere ich, aber Nukleargarantie gibt es nicht. Wenn man damit meint, dass die Amerikaner sich verpflichtet hätten, in jedem Fall zu unserem Schutz Nuklearwaffen einzusetzen, das gibt es nicht.

Aber wir kommen im Einzelnen auf die Thematik Nuklearwaffen noch zu sprechen. Ich bin durch den Vortrag des Staatsministers und auch durch die Panelrunde hier etwas abgelenkt und zwar im Hinblick auf das Thema INF. Weil es nach meiner Überzeugung ein viel wichtigeres Thema ist als die Frage: „Sollen und wollen wir Nuklearmacht werden oder nicht?“ Und ich glaube auch, dass es in seiner Komplexität nicht vollständig dargestellt wurde. Die Situation ist heute durchaus vergleichbar mit 1979. Damals haben die Amerikaner und Russen Rüstungskontrollverhandlungen, SALT damals aufgenommen, über nuklearstrategische Systeme. Aber sie haben die – und ich nenne sie einmal so – eurostrategischen Systeme Russlands ausgeklammert. Damit hatte Russland

sich eine strategische Möglichkeit geschaffen, die NATO-Strategie der flexiblen Reaktion, die ja darauf beruht, dass man durchgängig eskalieren kann, bis zu den nuklearstrategischen Systemen eben, diese Strategie zu spalten. Das heißt, im herkömmlichen Sprachgebrauch, die nuklearstrategischen Systeme abzukoppeln. Das wollte Helmut Schmidt nicht akzeptieren. Er hat damals Giscard d'Estaing auf seine Seite gebracht, er hat massiv den damaligen amerikanischen Präsidenten Carter unter Druck gesetzt und er hat auch Breschnew unter Druck gesetzt, der Ende November 1981 nach Bonn kam und dem er ganz klar die Karten gelegt hat, er hat sich massiv in dieser strategischen Frage engagiert.

Wie ist die Situation heute? Gerade am 5. Februar haben Russland und die Vereinigten Staaten bekanntgegeben, dass sie die Rüstungskontrollverhandlungen des sogenannten NEW START umgesetzt haben – dramatische Einschnitte aus meiner Sicht in die jeweiligen Potenziale – das heißt, wir sind in einer ähnlichen Situation, wo die nuklearstrate-

gischen Systeme jetzt sozusagen eine begrenzte Ressource für die beiden nuklearstrategischen Supermächte werden. Und es kommt hinzu: Russland sieht den Aufbau des ballistischen Flugraketenabwehrsystems der NATO als eine Bedrohung seiner Zweitschlagskapazität, ähnlich wie damals von Russland die Pershing II in einer überschätzten Reichweite eingeschätzt wurde. Wir haben hier also ganz deutliche Parallelen. Und es ist ja nicht nur so, wie der Staatsminister gesagt hat, dass nun die SS-26 im Bereich Königsberg disloziert wird, das haben die Russen immer wieder gemacht, dass sie solche Systeme nach vorne verlegt haben, immer dann wenn sie glaubten politischen Druck ausüben zu müssen auf den Westen. Sondern es ist die Reichweite – ist diese Reichweite dieser ballistischen Rakete – auch Iskander genannt – ist sie erweitert worden oder ist sie nicht erweitert worden? Und was ist eigentlich mit der SSC8, also dem Marschflugkörper mit eurostrategischen Reichweitenpotenzial?

Das sind Dinge, die unserem nationalen Sicherheitsinteresse

brennende Fragen aufwerfen. Die Bundeskanzlerin hat auf dem letzten NATO-Gipfel das kommende mitunterschrieben, in dem gesagt wird, dass Russland hier eine Vertragsverletzung vornimmt und dass das aufzuklären ist. Aber ich sehe überhaupt kein Bemühen auf Seiten der Bundesregierung die deutschen Interessen, die deutschen Sicherheitsinteressen in dieser entscheidenden Frage in die Hand zu nehmen. Ich weiß nicht, wer es vorhin auf dem Panel sehr richtig gesagt hat: Nach 1968, der Tschechei-Besetzung sind die Rüstungskontrollverhandlungen zwischen den beiden Supermächten aufgenommen worden. Wir aber lassen uns durch unsere Ukraine-Politik paralysieren. Die Ukraine-Politik führt zu einer Verengung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, die nicht in unserem Interesse ist. Hier muss wirklich eine Änderung eintreten und damit bin ich meine Botschaft los, eben auf die Fragen die Professor Hacke in Sachen der nuklearen Bewaffnung aufgeworfen hat. Darauf kommen wir noch zu sprechen.

Rolf Clement:

Michael Rühle, Karl-Heinz Kamp hat vorhin gesagt, die NATO hat immer wieder festgestellt, dass ihre Strategie, ihre Bewaffnung, ihre Aufstellung im Nuklearbereich seit 2010 unverändert ist. Muss man da jetzt was ändern?

Michael Rühle:

Aus meiner Sicht nicht. Zunächst einmal danke für die Einladung und danke, dass Du mir drei Minuten zur Verfügung gestellt hast für meine Thesen. Ich möchte ein paar kurze Thesen loswerden zu dem Thema, das Herr Hacke angestoßen hat. Erstmal sind Fragen zur nuklearen Fragen gewissermaßen Glaubensfragen, es gibt, Gott sei Dank, wenig Empirie, auf die wir hier zählen können. Aber auch wenn wir uns im Abstrakten befinden, dann gibt es meiner Ansicht nach plausible und weniger plausible Annahmen. Also mit anderen Worten: Man braucht sehr viel intellektuelle Disziplin, wenn man über dieses Thema redet und ich sehe es in der deutschen Debatte mangelt es an dieser intellektuellen Disziplin. Die einen träumen von der Abschaffung von Atomwaffen,

und nachdem alle früheren Versuche gescheitert sind, hat man sich jetzt an diesen etwas dubiosen Kernwaffenverbotsvertrag gehängt. Andere wollen unter den französischen Nuklearschirm, weil sie eben nicht mehr an den nuklearen Schutz durch Amerika glauben und wieder andere, wie Professor Hacke, glauben, Deutschland brauche eigene Atomwaffen, weil eben Amerika nicht mehr so richtig möchte. Man will gar nicht erst warten bis Washington einem die nukleare Kündigung ins Haus schickt, man kündigt vorsichtshalber gleich selbst.

Aus meiner Sicht sind alle diese drei Alternativen nicht praktikabel. Es gibt aber eine weitere Alternative, die funktioniert, wenn man will, dass sie funktioniert, und ich will kurz dazu hinführen. Der erste Punkt, den haben viele schon im ersten Panel gemacht, auch Karl-Heinz Kamp: Kernwaffen bleiben ein wichtiger Faktor der Politik, daran ändert auch der Friedensnobelpreis an ICAN letztes Jahr nichts. Wie bei Obama hat man eigentlich keine Leistung ausgezeichnet, sondern eine

politisch korrekte Grundhaltung. Wie Herr Annen vorhin schon gesagt hat, auf Obama bezogen, dem hat es eher Probleme bereitet als dass es etwas gelöst hätte. Alle Kernwaffenstaaten haben diesen Vertrag zu Recht abgelehnt, ebenso auch Deutschland, das hat Herr Annen ja auch gesagt. Das schließt den Wunsch nach einer kernwaffenfreien Welt ja nicht aus, aber der Schwerpunkt muss auf der Frage liegen, unter welchen Bedingungen – Oliver Meier hat schon darauf hingewiesen – eine kernwaffenfreie Welt möglich wäre. Wenn man die Frage so formuliert, dann wird sehr schnell klar, dass diese Bedingungen auf absehbare Zeit nicht gegeben sind, und deshalb geht es künftig wohl auch weniger um die Überwindung der nuklearen Realität, sondern um die Ausgestaltung der nuklearen Realität.

Die zweite These: Es gibt auf absehbare Zeit keine europäische nukleare Option. Die Vorstellung, dass Europa, das im Moment an allen Enden und Enden ausfranst, ausgerechnet die härteste Nuss einer Außen- und Sicherheitspolitik knackt, das ist nämlich die

nukleare, das erscheint mir völlig abwegig. In der EU gibt es nicht nur keinen Konsens über nukleare Abschreckung, sondern es gibt einen massiven Dissens über die Frage nuklearer Abschreckung, über die Legitimität der Abschreckung.

Das britische Atomwaffenarsenal „brexitet“ gerade, und das französische Arsenal ist ebenfalls aus meiner Sicht nicht ein extended deterrence Arsenal, sondern ein Sanktuariums-Arsenal: es macht Frankreich zu einem weitgehend geschützten nationalen Raum, aber es bietet wenig Spielraum, um Abschreckung an Dritte, sprich Deutschland oder andere, zu erweitern. Und Paris hat auch nie einen Zweifel daran gelassen, dass die Entscheidung zum Einsatz von französischen Kernwaffen eine rein nationale Entscheidung des französischen Präsidenten bleibt.

Dritte These: Die USA bleiben die einzige nukleare Schutzmacht für Deutschland. Dieser Schutz wird im Rahmen der NATO organisiert und nirgendwo sonst. Einen nuklearen Konsens, der

sich niederschlägt auch in der Beschaffungspraxis, in der Übungspraxis, in der Konsultationspraxis und so weiter, den gibt es nur in der NATO. Natürlich entscheidet auch in der NATO letzten Endes der amerikanische Präsident über den Einsatz von Nuklearwaffen, aber nur die USA haben meiner Ansicht nach den politischen Willen, die finanziellen Mittel und vor allen Dingen auch die militärischen Fähigkeiten, um ihre internationale Ordnungsrolle durch glaubwürdige nukleare Schutzversprechen zu untermauern. Und da diese Schutzversprechen, auch das ist vorhin angesprochen worden, zugleich ein wichtiges Instrument der nuklearen Nichtverbreitung sind, werden die Amerikaner diese Politik auch nicht aufgeben. Was immer Trump twittert, es wird, glaube ich, an der Grundsatzausrichtung der amerikanischen Politik - Nuklearschirm für die Verbündeten im Gegenzug für nukleare Abstinenz der Verbündeten - nichts ändern.

Vierte These, und da kommen wir jetzt auf die Frage, die Du aufgeworfen hast, Karl-Heinz:

Deutschland sollte an der nuklearen Teilhabe festhalten. Nirgendwo ist die institutionalisierte Zusammenarbeit in nuklearen Fragen enger als in der NATO und über die Teilhabe. Einen höheren Grad an Gemeinsamkeit in nuklearen Fragen gibt es zwischen souveränen Nationalstaaten nirgendwo auf der Welt. Deshalb ist ICAN auch so sehr gegen diese Zusammenarbeit. Deutschland bringt durch seine Rolle in der nuklearen Teilhabe - das hat Herr Annen schon angedeutet, auch wenn es ihn sehr schmerzt hat - seinen Willen zum Ausdruck, auch nukleare Lasten und Risiken



mitzutragen, und das dürfen die Amerikaner von uns verlangen, das dürfen aber auch die anderen Bündnismitglieder, nicht zuletzt im Osten des Kontinents, von uns verlangen. Der Abrüstungsalleingang Deutschlands unter Westerwelle ist dagegen vielen unserer Verbündeten - und allen voran Frankreich - noch in guter Erinnerung. Und ich war sehr dankbar, dass Herr Annen das nochmal angesprochen hat. Diese Geschichte hat uns nur geschadet, aber sie hat uns nichts genützt. Deshalb gilt: Kurs halten. Und für mich, das ist die Antwort an Karl-Heinz, ist die entscheidende Frage nicht, „Muss ich noch ein bisschen daran herumspielen, an der Stärke oder an der Dislozierung von Nuklearwaffen in Europa?“, für mich ist die Frage, „Halten wir die Teilhabe aufrecht?“ Dann habe ich keine Probleme mit unserem Nukleardispositiv in Europa vor DDPR oder nach der DDPR. So lange wir diesen Kurs halten, sehe ich da kein Problem.

Und meine letzte These: ein deutscher, nuklearer Alleingang, das wäre der Super-GAU für Deutschlands Rolle im interna-

tionalen System. Deshalb wird es diesen Alleingang auch nicht geben. Ich stimme Karl-Heinz völlig zu, 2035 werden wir auch keine deutschen Nuklearwaffen haben. Und deshalb ist aus meiner Sicht schon die deutsche Debatte darüber schädlich, selbst wenn sie bloß dazu diene, das Sommerloch zu überbrücken.

Fazit: Eine sinnvolle Nuklearpolitik für Deutschland kann keine Politik der Extreme sein. Aus meiner Sicht sind der Kernwaffenverbotsvertrag und die nationale Option zwei solche Extreme. Das eine ist zu idealistisch und das andere zu militaristisch. Die Antwort auf die Frage, wie sich Deutschland nuklear positionieren sollte, liegt aus meiner Sicht genau da, wo sie schon seit über einem halben Jahrhundert liegt: in einer vertrauensvollen Zusammenarbeit im Rahmen der NATO, gestützt auf die nukleare Teilhabe und in der Fortsetzung der Nichtverbreitungsbemühungen im Rahmen des Atomwaffensperrvertrages. Auch im Zeitalter eines Donald Trump brauchen wir in Deutschland nicht die Nerven zu verlieren.

Rolf Clement:

Herr Kiesewetter, nun haben wir ein großes Spektrum. Deutschland muss sich selbst nuklear engagieren; es sollte es lieber nicht tun, sondern, wie wir uns aufgestellt haben, das funktioniert so; es funktioniert nur so, wie Michael Rühle sagt. Und Deutschland hat im Prinzip keine sicherheitspolitische Perspektive, weil es sich zu sehr in der Ukraine-Frage im Moment festlegt und verheddert. Für einen Politiker klasse, jetzt können Sie auswählen, welchem der Punkte Sie folgen wollen, was Sie aufgreifen wollen. Bitte tun Sie es.

Roderich Kiesewetter:

Danke Herr Clement, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch für die Einladung. Ich könnte es mir jetzt einfach machen und sagen, ich schenke Ihnen die drei Minuten und ich schließe mich Herr Annen an, aber so einfach ist die Lage natürlich nicht. Ich möchte vielleicht kurz vier Thesen darstellen. Aber zu allererst: Warum sprechen wir überhaupt über die Renaissance von Nuklearwaffen in Europa? Ich denke, es gibt dazu drei Anlässe. Das war

einmal die Ausverhandlung des Iran-Abkommens mit den Folgen der ballistischen Fähigkeiten des Iran und der Bemühungen Israels, vor sieben, acht Jahren, dem präventiv vorzukommen. Das zweite ist die Besetzung der Krim

von Nuklearwaffen fragwürdig macht. Ich komme auf das Thema Krim-Annexion. Damit wurde das Budapester Abkommen von 1994 verletzt. Wie wollen wir heute einem Staat klarmachen, dass er nicht Nuklearstaat werden

„Nirgendwo ist die institutionalisierte Zusammenarbeit in nuklearen Fragen enger als in der NATO und über die Teilhabe. Einen höheren Grad an Gemeinsamkeit in nuklearen Fragen gibt es zwischen souveränen Nationalstaaten nirgendwo auf der Welt.“

- Michael Rühle

und die Destabilisierung der Ostukraine und das dritte waren die Aussage von Trump in BILD 2016.

Ich will das kurz zusammenbinden: Erstens, und davon bin ich sehr fest überzeugt, es ist im zentralen deutschen Interesse, auch im europäischen Interesse, dass wir uns nach wie vor für die Nichtverbreitung von Atomwaffen einsetzen. Gerade deshalb, weil wir eine Lage haben, die weltweit die Eindämmung

soll, oder seine Nuklearwaffen abrüsten, wenn er uns darauf verweist, dass die Ukraine als drittstärkster Nuklearstaat der Welt, die Waffen an Russland 1994 abgegeben hat, sehr vernünftig, dafür Ewigkeitsgarantie bekommen hat und gemeinsam sogar etwas sehr Friedvolles ausverhandelt war: die Möglichkeit, die Krim gemeinsam militärisch zu nutzen und die Schwarzmeerflotte dort zu stationieren. Dieses Vertrauen in die internationale Ordnung ist durch die Verletzung des Buda-

pester Abkommens dahin. Das sollten wir allen Russlandverstehern sehr deutlich sagen und ich spreche auch mit unseren russischen Kollegen, es ist ein Attaché von Russland hier, ich freue mich sehr darüber, wir sprechen das intensiv an.

Das zweite war, und das möchte ich auch sagen, wenn wir es eindämmen wollen, ist die gegenseitige Rückversicherung und Abschreckung unverzichtbar mit der Nichtverbreitung verbunden. Denn wenn wir nicht für Nichtverbreitung eintreten und die Proliferation zunimmt, wie sollen wir dann auf Rückversicherung bauen? Das muss deutsche Politik sein. Ich will das auch deshalb ansprechen, weil ich einen kleinen Beitrag dazu außerhalb Deutschlands geleistet habe, als BILD 2016 das Interview mit Trump brachte, war meine Reaktion „Achtung, Trump kündigt auf, dass es eine Zone gemeinsamer Sicherheit im transatlantischen Raum gibt“, und meine Frage war damals: „wie können wir Europäer Rückversicherung leisten, wenn die Amerikaner diese Rückversicherung nicht geben“? Das

ist im Wallstreet Journal, in der Financial Times, im Washington Post diskutiert worden, nur nicht bei uns. Aber es ist international so intensiv diskutiert worden, dass wenige Monate später, nicht wegen mir sondern wegen der Diskussion, die USA sehr klar erklärt haben, dass sie am Artikel 5 und an einer Zone unteilbarer Sicherheit zumindest verbal und politisch festhalten.

Das ist, glaube ich, sehr wichtig. Denn die USA haben das erkannt und die Irritation in Europa beseitigt. Und deshalb glaube ich, dass ein europäischer oder deutscher Sonderweg, diese Frage stellt sich, durch diese Verzichtserklärung der Amerikaner, nicht mehr. Aber es war wichtig, es anzustoßen. Ich halte das für einen ganz entscheidenden Punkt.

Und eine dritte These: Eine europäische nukleare Fähigkeit stellt sich in diesen Jahren nicht. Und wenn, dann kann das nur im Rahmen einer europäischen Verteidigungsunion gelöst werden, die über die Frage, europäische Nuklearwaffenbesitzes hinausgeht. Es geht darum, wie stellt sich Euro-

pa politisch auf, mit einem Sitz im Weltsicherheitsrat und nicht mit zweien. Wie stellt sich Europa auf in der Frage der transatlantischen Lastenteilung und wie stellt sich Europa auf im Umgang mit Russland? Und das führt mich zu meinem vierten Punkt. Die nukleare Teilhabe, die wir haben, ist für mich nicht alternativlos, aber im Moment das Bestmögliche. Aus drei Gründen: Wir zeigen Bündnissolidarität, wir können mitgestalten und wir haben ein Pfund für eine mögliche Abrüstung. Es ist nämlich die Frage, wie wir nukleare Abrüstung gestalten. Ich möchte einen Gedanken aufgreifen, den General Kujat kurz skizziert hat: Wir haben einen immensen Vertrauensverlust zwischen Russland und den USA in der Frage des INF-Vertrages. Und hier geht es nicht nur darum, dass wir Europäer überhaupt kein Interesse an einer Aufkündigung des INF-Vertrages haben können, weil es sonst möglicherweise zu einem nuklearen Wettrüsten auf deutschem Boden, auf europäischem Boden führt, sondern uns muss es doch darauf ankommen, dass wir mit Transparenz und

Vertrauensregeln etwas Druck aufbauen.

Ich sage einmal, die Amerikaner, wenn sie nichts zu verbergen haben, und das glaube ich auch nicht, könnten doch durchaus zulassen, im Rahmen der Raketenabwehr, die ja damit verknüpft ist, Zugang zu den Stellungen MK-41 in Rumänien zu gewähren. Um den Vorwurf der Russen zu entkräften, dass dies Landwaffen sind. Wenn uns das gelingen würde, im Rahmen eines konstruktiven Beitrags Deutschlands, einen Beitrag zu leisten, dass Russland und die USA den INF-Vertrag beibehalten und wechselseitig Inspektionen zulassen, nicht nur in Kaliningrad, sondern vielleicht auch in anderen Bereichen Russlands in dieser Frage und umgekehrt, die USA Inspektionen zulassen in Rumänien, vielleicht auch in anderen Bereichen. Dann haben wir auch wieder eine Vertrauensgrundlage, ohne unsere eigenen Fähigkeiten aufgeben zu müssen und ohne zusätzliche zu beschaffen. Wenn uns das gelingt, dann ist das ein politischer Fortschritt und ich glaube, daran sollten wir arbeiten.

„Die nukleare Teilhabe, die wir haben, ist für mich nicht alternativlos, aber im Moment das Bestmögliche.“

- Roderich Kiesewetter

Rolf Clement:

Ich möchte mal auf einen Punkt kommen, der mir ehrlich gesagt vorhin erst eingefallen ist, als ich hier saß und zugehört habe. Ein Begriff, der heute hier noch überhaupt nicht gefallen ist, ist Cyberkrieg. Wenn wir davon ausgehen, dass Kriege – wenn sie denn nochmal stattfinden –, wahrscheinlich nicht mehr in der Form stattfinden, dass große Armeen, vor allen Dingen hier in Europa, aufeinander zulaufen, sondern sie hauptsächlich in der Cyber-Werkstatt stattfinden, welche Auswirkungen hat das für eine mögliche Nuklearstrategie? Brauchen wir für so ein Szenario die Nuklearwaffen überhaupt noch? Diskutieren wir überhaupt am richtigen Punkte heute? Michael, willst Du anfangen?

Michael Rühle:

Das ist so, als würde man sagen: „Aspirin hilft nicht gegen Krebs, also verbieten wir es“. Aspirin hilft gegen Kopfweh und deshalb finde ich es ganz ok. Nuklearwaffen haben keine Funktion oder nur eine sehr geringe Funktion bei der Abwehr von Cyberkriegen. Immerhin hat aber die amerikanische Nuclear Posture Review einen Zusammenhang hergestellt zwischen einem massiven Cyberangriff, der praktisch einem Angriff mit Massenvernichtungswaffen in seiner Wirkung gleichkäme, und eines möglichen nuklearen Gegenschlags. Das ist eigentlich die interessanteste Neuerung in dem ganzen Dokument. Ich glaube nicht, dass solche Gedankenspiele sehr weit führen. Aber sie sind eine Warnung an die Gegner, es nicht zu weit zu treiben. Denn das Problem beim Cyberangriff

ist, dass man nicht genau weiß, wo die Schmerzgrenze des Angegriffenen liegt. Bei Nuklearwaffen ist das etwas leichter festzustellen.

Aber ich glaube eben schon, dass man die Dinge mehr auseinanderhalten muss. Nuklearwaffen haben die Aufgabe gehabt, seit 70 Jahren, wie es auch schon im vorherigen Panel gesagt wurde, zu verhindern, dass größere Kriege stattfinden zwischen Nuklearmächten und hoffentlich auch nicht zwischen ihren Klienten. Und das haben sie weitgehend auch geschafft. Cyber mag das auf eine neue Art unterminieren, aber das ist dann eine getrennte Frage. Deshalb würde ich sagen, es bringt nichts zu sagen: „Nuklearwaffen schrecken keine Cyberkriege ab, also sind sie überflüssig“, nein, sie sollen andere Dinge tun. Sie sollen internationale Beziehungen bis einem gewissen Grade zivilisieren.

Rolf Clement:
Herr Kujat!

Harald Kujat:
Das war eigentlich auch ein Punkt in meiner Intervention, die ich

vorbereitet habe. Und da ist ein ganz wichtiger Punkt im Übrigen. Ich würde nur gerne, mit Ihrer Erlaubnis, zwei Vorbemerkungen machen. Das Interview, auf das Sie angesprochen haben, vom 12. November 2016, ist in Deutschland ja breit diskutiert worden. Es ist zeitgleich in der BILD-Zeitung erschienen und in der London Times. Die Übersetzung in der BILD-Zeitung war falsch. Es ist nämlich in der BILD-Zeitung übersetzt worden: „NATO was obsolete“ in „NATO is obsolete“. Das hat er nicht gesagt. Und wenn man den Kontext betrachtet, er ist zunächst gefragt worden: „Verstehen Sie die Sicherheitsbedenken der baltischen Staaten?“ und so weiter und er hat dann ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die NATO ja sehr viel getan hat. Er hat also Artikel 5 in diesem Interview nicht infrage gestellt. Ich gebe zu, dass er sich seither auch – es ist nicht meine Aufgabe, Trump hier zu rehabilitieren –, aber es zeigt eben, wie Diskussionen manchmal laufen können und welchen Schaden sie anrichten können, wenn man nicht genau hinschaut. Es war ein Journalist von der „Welt“, den muss ich

bei dieser Gelegenheit mal loben, der sich den Originaltext mal angesehen hat und der dann geschrieben hat: „Moment mal, das war eine falsche Übersetzung!“ Es gibt auch gute Journalisten. Der Punkt, den Sie gemacht haben, wechselseitige Kontrolle, Verifikation, ist ein wichtiger Punkt. Ich bin in der Zeit, als ich noch im Amt war, sogar weiter gegangen. Ich habe nämlich die Russen zur ersten Stabsplanungsübung, die wir gemacht haben zum Aufbau des ballistischen Abwehrsystems eingeladen und wir haben vor allen Dingen auch über die unterschiedlichen Perzeptionen gesprochen. Sind das Systeme, die tatsächlich die strategische Zweitschlagsfähigkeit beeinträchtigen können, ja oder nein und all die damit zusammenhängenden Technikfragen. Aber ich bin ein Schritt weiter gegangen, und ich stehe dazu heute auch noch, ich bin der Auffassung, dass sich dieses System gegen eine Bedrohung richtet, die auch eine Bedrohung für Russland ist. Warum richten wir nicht ein gemeinsames Führungsinformationszentrum ein, in dem wirklich hundertprozentige Transparenz hergestellt wird

und kommen wir damit nicht einen Schritt in Richtung Vertrauensbildung näher? Ich hielt das durchaus für möglich, ich hielt das für einen ganz wichtigen Schritt zu mehr Stabilität in Europa.

Cyber wird in der öffentlichen Diskussion sozusagen als neue Strategie verstanden. Das ist es nicht. Cyber nimmt in etwa die Rolle ein, die EMP in der Vergangenheit hatte. Also, insbesondere am Vorabend eines Krieges, die Führungsfähigkeit des Gegner zu „enthaupten“ haben wir damals gesagt, zu degradieren. Aber im Hinblick auf Nuklearwaffen kommt Cyber eine ganz, ganz besondere Bedeutung zu. Das Risiko eines möglichen nuklearen Konflikts besteht nicht darin, dass sich zwei politische Strömungen gegensätzlich entwickeln und die jeweiligen Staatslenker entscheiden: „So, jetzt führen wir einen Nuklearkrieg“. Sondern das Risiko besteht darin, dass es zu einem technischen oder zu einem persönlichen Versagen kommt und dann die Eskalation in dem Nuklearbereich nicht mehr unter Kontrolle gebracht werden kann.

Solche Situationen entstehen beispielsweise durch den Abschuss eines russischen Flugzeugs in Syrien durch die türkische Luftwaffe. Wenn Russland hier nicht die notwendige Beherrschung behalten hätte, hätte es durchaus eine solche Eskalation geben können. Wie weit, wissen wir nicht. Solche Situationen entstehen auch, wenn die Vereinigten Staaten völkerrechtswidrig einen Staat wie Syrien mit Marschflugkörpern angreifen und dabei möglicherweise auch russische Soldaten töten. Auch hier hat Russland eine enorme Selbstbeherrschung gezeigt und verhindert, dass die Eskalation, die wir alle befürchten, entstanden ist. Ich muss allerdings auch ergänzend sagen, es hat auf der militärischen Seite zwischen den Amerikanern und Russen zuvor eine entsprechende Abstimmung gegeben. So, und dieses Risiko, das ich eben beschrieben habe, das gilt auch für Cyber. Es hat mit der Veröffentlichung des Nuclear Posture der Vereinigten Staaten erhebliche Kritik daran gegeben, dass diesem Aspekt nicht Rechnung getragen wurde und dass die Führungsinformationssysteme im Hinblick

auf den Einsatz von Nuklearwaffen nicht geeignet sind, mögliche Hackerangriffe – also ein Zugriff von außen – hundertprozentig zu verhindern. Dieses Risiko sehe ich als ein enormes Risiko an, je weiter sich die digitale Entwicklung fortsetzt, und je weiter sie auch Verbreitung findet.

Wir alle sehen, dass das im täglichen politischen Geschäft inzwischen Routine ist. Und die Befürchtung, meine Befürchtung – und ich glaube auch ein Fehler meiner amerikanischen Freunde – besteht eben genau darin, dass hier ein Eingriff von außen erfolgt, der zu etwas führt, was beide nuklearen Supermächte nicht wollen, auch nicht wollen können.

Rolf Clement:

Christian Hacke.

Prof. Dr. Christian Hacke:

Herr General, Sie haben das klar ausgedrückt, dass Cyber natürlich die nukleare Frage verkompliziert und ich möchte dazu stehen, dass meine Kenntnisse der Zusammenhänge da auch begrenzt ist, das sage ich mal ganz offen.

Und ich möchte vielleicht auf das kommen, was eben zu mir gesagt wurde, von Herrn Rühle auch. Er hat ja gesagt, sozusagen, ich oder meine Auffassung, das wäre eine Kündigung von vorneherein, bevor die Amerikaner überhaupt ihre Nukleargarantie für eine nukleare Abschreckung aufgeben.

Gut, ihre Ausführungen haben ja auch eher darauf hingedeutet: Eigentlich ist alles ziemlich normal, also es ist eigentlich alles im Lot. Jetzt will ich natürlich schon gerne zugeben, dass ich vielleicht ein bisschen übertriebene Furcht habe vor der veränderten Sicherheitslage zur Verschlechterung der deutschen Situation. Vielleicht ist es Altersstarrsinn. Vielleicht ist es eine andere übertriebene Furcht. Aber sie treibt mich um - das ist der Punkt. Ich sehe es eben nicht alles als normal an, sondern ich sehe den Westen in einer tiefen Krise. Die USA in eine neue – in eine alte Zeit – wie sie früher schon war, ich sehe eine große Krise der Gemeinschaftsinstitutionen, wie NATO auch. Stichwort Ukraine: zwei Dinge zur Ukraine.

Das erste: Die Russen hätten nicht so gehandelt in der Ukraine und auf der Krim, wenn die NATO sozusagen die Eskalationsdominanz besessen hätte und abgeschreckt hätte – das ist nicht der Fall! Das ist für mich eine ganz dramatische Veränderung! Und das ist natürlich was anderes als die NATO aus dem Kalten Krieg und heute ein kollektives Sicherheitssystem, wo die Hülle noch da ist, die aber in sich zerfällt. Sie haben innerhalb der NATO so viele Strömungen. Sie haben den Trend zur Bilateralisierung mit Blick auf die USA, das machen die Polen im Sinne ihres nationalen Sicherheitsinteresses. Dass sie alles tun, um in konventionellen Bereichen auch eben den Amerikanern zu verdeutlichen: „Wir brauchen Euch und wir tun alles, konventionell, damit ihr uns Sicherheit gebt.“ Und wir haben das deutsche Beispiel einer negativen Bilateralisierung. Ich habe das vorhin angedeutet, dass wir nicht nur im konventionellen Bereich, sondern prinzipiell wie wir aufgestellt sind - mit unserer Anti-Nuklear-Theologie, hätte ich schon beinahe gesagt - und auch dem übertriebene Anti-Amerika-

nismus. Das wir nichts dazu tun und zu wenig dazu tun, um die Amerikaner zu einem größeren Vertrauen und zu einer größeren Leistung mit Blick auf ihre nukleare Abschreckungsgarantie für uns zu bringen. Das ist meine große Sorge! Vielleicht übertreibe ich, aber ich sehe diese. Und dann haben wir natürlich noch andere. Wir haben innerhalb der NATO, das wissen andere viel besser, den Trend zur Regionalisierung. Aber das Entscheidende ist, wir haben hier Gegenmachtbildung aus Europa zu den USA. Und diese Gegenmachtbildung wird von uns mit starkem Moralin von Deutschland angeführt. Das halte ich für das falsche Rezept. Das mag verbal sein, aber das kommt dort nicht gut an und stärkt nicht die amerikanische Garantie.

Und das andere noch: Ukraine. Ukraine ist einmal unter politischen Gesichtspunkten für deutsche Politik wichtig gewesen, ich hätte mir gewünscht, dass die Kanzlerin in Minsk weiter gedrängt hätte auf eine Ukraine-Lösung mit Neutralitätsstatus offen nach Ost und West. Offen nach Ost und West! Das ist sowieso

meine Grundhaltung. Und es gibt ein anderes Stichwort für die Ukraine - ich weiß nicht, ob Sie es waren, Herr Rühle: Die Ukraine würde sich heute die Nuklearwaffen zurückwünschen. Dann hätte sie Nuklearwaffen gehabt! Dann hätte Russland es nicht gewagt, die Ukraine anzugreifen beziehungsweise die Krim. Das ist der entscheidende Punkt. Also ich wollte nur sagen: die Dinge aus meiner Sicht stellen sich sehr viel komplizierter dar. Ich finde die Krise im Westen ist viel, viel größer und vor dem Hintergrund des Aufstiegs der autoritären Mächte und der Weiterverbreitung sind die Probleme größer.

Ein Wort zum Globalen, es wurde vorhin angedeutet. Stellen Sie sich vor, 1989, unsere Situation: Eine nukleare DDR mit einer starken Sowjetunion im Hintergrund würde Wiedervereinigungsgespräche führen – das ist jetzt ein bisschen sehr fantasievoll, ich weiß das. Aber das ist die Situation heute für Südkorea. Ein nukleares Nordkorea mit starkem China dahinter. Wie sieht die Lage für Südkorea aus? Südkorea, wenn sie mit Offiziellen, mit Ge-

nerälen sprechen, sagen alle: Wir vertrauen den Amerikanern, alles prima, die ganze Garantie. Und wenn Sie privat mit ihnen sprechen machen, die sich natürlich noch viel mehr Sorgen als ich jetzt meinetwegen um die deutsche Sicherheitslage. Und ähnliches haben sie in Japan. Also der Trend zur Weiterverbreitung ist enorm groß. Es ist nicht schön, aber wir müssen die Realitäten ansprechen und können uns nicht nur verschanzen wie unsere Offiziellen das meistens tun hinter Global Zero. So geht das nicht.

Rolf Clement:

Ein bisschen überziehen müssen wir, aber eine Schlussrunde möchte ich noch gerne machen und mit Ihnen anfangen, Herr Kiesewetter. Wenn Sie das alles hören: Brauchen wir eine neue Nuklearstrategie im Westen? Reicht die alte aus? Und wen wir eine neue brauchen, ganz kurz, ein paar Federstriche, was anders sein muss.

Roderich Kiesewetter:

Mir ist das ein bisschen zu viel fabulieren und deswegen ist es auch

erst mein zweiter Beitrag, aber gerne auch der letzte auf diesem Panel. Wir fabulieren ein bisschen. Gehen wir doch auf die realen Herausforderungen ein. Im Jahr 2025 verliert Deutschland die Fähigkeit zur nuklearen Teilhabe, weil dann die Nutzungsdauerverlängerung für das dazu vorgesehene Flugzeug ausläuft. Wir haben also noch sieben Jahre um glaubwürdig, als Deutsche, andere Partner zu überzeugen, wie wichtig nukleare Teilhabe ist. Das sind Niederlande, Belgien, Italien und Türkei. Zugleich haben wir die Lage, dass die Türkei sich in bestimmten Bereichen an Russland annähert, zumindest nicht mehr der verlässliche Partner in der Südostflanke ist – im Moment durch die wirtschaftliche Lage und vielleicht auch durch den Besuch durch Erdogan hier, nicht ganz auf dem Weg des Abdriftens. Das Thema nukleare Teilhabe heißt ja nicht nur, dass man an der nuklearen Planungsgruppe mitwirkt, sondern dass wir auch in der Lage sind, glaubwürdig andere Partner zu überzeugen, dass wir einen Beitrag zur Rückversicherung – wenn es kommt – leisten. Der Tornado

ist dazu, in den gegenwärtigen Reichweiten, nicht mehr in der Lage. Es ist ein politisches Instrument, das soll er auch bleiben. Aber was machen wir nach 2025? Verlängern wir den Tornado wird es ungeheuer aufwendig für die Bundeswehr, ist von Reichweitenradarprofil her ein Oldtimer, freut man sich und macht Platz, dass er vorbei kommt – natürlich nicht. Das heißt also, die Entscheidungen, die politischen Entscheidungen, wie wir die nukleare Teilhabe künftig gestalten, die darf die Bundesrepublik nicht aus der Hand geben. Aus der Hand geben hieße, wie lassen das 25 auslaufen und dann war es das. Entweder wir sind in der Lage, das in ein Abrüstungspolitisches Szenario einzubringen – und dafür etwas erhalten, zum Beispiel den Abzug der Iskander-Raketen oder überhaupt den Abzug der entsprechenden Waffen aus Europa, Verlagerung nach USA und die anderen jenseits des Urals, denkbar, verhandelbar, aber nicht absehbar.

Und das andere ist: Was beschaffen wir denn dann, um das hinzubekommen? Es sind ja Beschaffungsentscheidungen in

Milliardenhöhe. Gehen wir auf ein US-Modell, da ist die Gefahr, dass wir die europäische Triebwerksindustrie gefährden, weil wir als kleine Länder nicht mehrere Systeme parallel laufen lassen und weil wir auch Standardisierung und andere Dinge erreichen wollen? Oder aber entwickeln wir ein französisch-deutsches System, das in weiter Zukunft vielleicht irgendwann kommt, dann aber nicht zertifiziert wird? Oder nehmen wir den Eurofighter? Das heißt, das sind ganz wichtige politische Abwägungsfragen, denen wir uns stellen müssen.

Und ich bin froh, dass die GSP und die BAKS durch die Aufnahme dieses Themas auch ein bisschen einen Weckruf im Parlament, im Außenministerium, im Kanzleramt, im Verteidigungsministerium leistet, weil wir das natürlich lösen müssen. Und ob das nun die Lösung F-35, FCAS oder Verlängerung Tornado oder sonst etwas heißt, das mag heute noch niemand sagen. Aber entscheidend ist, dass wir das Instrument der nuklearen Teilhabe nicht preislos aufgeben. Das ist

die Mahnung, die ich gerne mitgeben will.

Zum Thema Nuklearstrategie: Ich bin in großer Sorge, dass wir im Nahen und Mittleren Osten ein nukleares Wettrüsten erleben werden. Ich weiß, dass war vorhin auf einem Panel, ich habe das aber nicht mitverfolgen können, weil ich im Parlament Verpflichtungen hatte. Wenn durch die Kündigung des JCPOA Israel dazu gezwungen wird, gegen den Iran tätig zu werden, weil der Iran vielleicht doch die Anreicherung leistet und Israel dies nicht tun kann, aus verschiedenen, auch politischen Überlegungen oder gar technischen Überlegungen und der Iran dies macht, werden Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Ägypten und Türkei nicht ohne Weiteres zuschauen. Dann würden hunderte Milliarden gebunden, die wir viel besser im Wiederaufbau von Syrien und Irak brauchen. Und das sind die politischen Fragen, wo sich die Bundesrepublik Deutschland als verantwortungsbewusste Mittelmacht positionieren muss.

Für mich sind die zwei Fragen: Wie entwickeln wir national die nukleare Teilhabe weiter und wie verhindern wir eine Ausbreitung von Nuklearwaffenstaaten durch vernünftige Verhandlungen? Und wenn die heutige Diskussion dazu einen Beitrag geleistet hat, ist das sehr wertvoll. Dankeschön.

Rolf Clement:

Danke. Michael, willst Du nochmal?

Michael Rühle:

Also einen Fehler sollte man grundsätzlich nicht machen, nämlich Institutionen an sinnlosen Maßstäben zu messen. Wenn zum Beispiel Herr Professor Hacke sagt: „Ja, wenn die NATO die Eskalationsdominanz gehabt hätte, dann wären die Russen nicht in die Ukraine hinein.“ Die Russen wären in die Ukraine, auch wenn Ronald Reagan Präsident wäre. Die Ukraine ist, soweit ich weiß, nicht in der NATO. Die Wirksamkeit der NATO kann man nicht an der Verteidigung von Nicht-Mitgliedsstaaten messen! Oder sogar noch abstrakter – an der Abschreckung von Angriffen auf Nicht-Mitgliedsstaaten. Das

ist eine fahrlässige Art und Weise, eine halsbrecherische Art und Weise, internationale Politik zu betreiben und andere, in diesem Fall eine Institution, zu bewerten. Russland wusste ganz genau, dass es ein geringes Risiko ist, in die Ukraine zu gehen. Man geht begrenzt rein, man geht mit wenig Gewalt rein, erst geht man mit Leuten ohne Insignien rein, dann kann man noch ein paar Wochen lang so tun, als wäre man gar nicht da. Also die Geschichte hat man so gespielt, dass man in Moskau davon ausgehen konnte, mit einem blauen Auge davonzukommen. Ich weiß nicht, ob man mit den Sanktionen gerechnet hat, in dieser Weise, aber eines war immer klar: die NATO wird für die Ukraine nicht in den Krieg ziehen!

Ein Bündnis ist dazu da, um seine Mitgliedsstaaten zu schützen. Wenn es durch Partnerschaftsmechanismen noch weiter ausstrahlen kann, schön, aber die Aufgabe der NATO war nie, was Herr Hacke jetzt praktisch unterstellt, durch das Zuschaustellen von Muskeln die Russen so zu beeindrucken, dass sie sich nicht an

die Ukraine herantrauen. Sorry, aber das klappt nicht. Und auch deutsche Nuklearwaffen, wenn wir das jetzt mal annehmen, hätten daran kein Jota geändert. Genauso wie die französischen oder die britischen oder die amerikanischen bekanntlich nichts daran geändert haben. Also bitte halten Sie Ihre Kritik an der NATO oder Ihre Befürwortung nuklearer Abschreckung im Zaum!

Denn nukleare Abschreckung funktioniert eben nicht universell immer und überall. Es gibt etwas, das nennt sich Interessen. Und wenn man die Interessen einfach weglässt, und nur sagt „Wenn ich militärisch einfach stark genug bin, dann wird mir schon keiner an die Wäsche gehen“, so einfach ist es nicht. Und auf dieser Basis würde ich nicht befürworten, dass Deutschland sozusagen jetzt zum internationalen Pariah mutiert, indem es Nuklearwaffen fordert. Sorry, aber da muss man schon ein bisschen mehr Unterbau liefern.

Rolf Clement:
Herr Kujat.

Harald Kujat:

Ich will aber doch noch auf die Frage nuklearer Bewaffnung ganz kurz eingehen. Es sind drei Aspekte. Ein technischer Aspekt, ein strategischer und ein politischer Aspekt. Beim technischen Aspekt muss man sich vergegenwärtigen, dass wir gar nicht in der Lage wären – wir könnten zwar Trägersysteme, Plattformen, wir können U-Boote, Marschflugkörper entwickeln, keine Frage, aber keine nuklearen Gefechtsköpfe. Wir wären, genauso wie Frankreich und Großbritannien auf die Unterstützung der Vereinigten Staaten angewiesen und die Vereinigten Staaten würden uns diese Unterstützung nicht geben. Muss man ganz klar sagen. Unsere engsten Verbündeten, Frankreich, Großbritannien – und das ist der politische Aspekt – und die Vereinigten Staaten – würde niemals akzeptieren, dass Deutschland Nuklearmacht wird, genauso wenig wie sie akzeptieren würden, dass wir ständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen werden.

Strategischer Aspekt: Deutschland, Nuklearmacht, würde so-

fort die Legitimation für Russland geben, ein eurostrategisches Gegengewicht aufzubauen, den INF-Vertrag zu kündigen und damit würden wir die Eskalation, die die NATO-Strategie vorsieht, würden wir unterbrechen, wir würden im Grunde genommen eine, was wir früher Komponentenabschreckung nannten, wir würde eine Komponentenabschreckung hier etablieren – also Taktische gegen Taktische, Mittelstrecken gegen Mittelstrecken und Nuklearstrategische gegen Nuklearstrategische. Das heißt, das, was Sie nukleare Garantie nennen, würden wir selbst außer Kraft setzen damit. Und die Vereinigten Staaten würden das gar nicht mal so ungern sehen, das muss man wirklich sagen. Und die Russen hätten natürlich einen Vorwand um hier ein eurostrategisches Gegenpotenzial aufzubauen.

Das heißt also, es sprechen alle Aspekte dagegen, dass Deutschland eine Nuklearmacht wird. Unabhängig davon, ich sag das mal der Vollständigkeit halber, unabhängig davon, ob wir, wie Frankreich und Großbritan-

nien, die deutschen Systeme in den NATO-Planungs- und Entscheidungsprozess integrieren würden oder ob wir sozusagen eine autonome Nuklearmacht werden – würden wir letzteres anstreben, müssten wir letztlich aus der NATO ausscheiden, denn das würden unsere europäischen NATO-Verbündeten niemals akzeptieren.

Rolf Clement:

Ja, vielen Dank. Frau Merten, ich bin kläglich gescheitert in dem Bemühen, die Zeit einzuhalten. Aber ich fand die Diskussion hier irgendwie so spannend und so schön kontrovers und ja, über die Nuklearwaffen hinausgehend, sogar in den außenpolitischen Bereich, dass ich das etwas mehr habe laufen lassen. Deswegen, Herr Kiesewetter, gab es halt nur so wenige Möglichkeiten, neu anzusetzen, dafür bitte ich um Verständnis. Ich danke dem Podium trotzdem sehr herzlich für diese sehr lebhafte und spannende Diskussion, wie ich fand und gebe weiter an Sie, Frau Merten.



Schlussbemerkung

Ulrike Merten MdB a.D.

Ja, Herr Clement, an dem Beifall haben Sie gehört, dass das Publikum Ihre Einschätzung teilt. Mir selber ist es auch so gegangen, dass ich diesen Nachmittag anstrengend, zugegebenermaßen, aber auch extrem aufschlussreich und lehrreich gefunden habe. Für mich ist immer eine Prämisse bei öffentlichen Veranstaltungen: Es schadet nichts, wenn man den Saal verlässt und man hinterher sagen kann, man hat noch etwas gelernt. Wenn Ihnen das auch so gegangen ist oder wenn Sie neue Einsichten haben gewinnen können, umso besser.

Lieber Herr Kiesewetter, Sie haben in einem Nebensatz von einem Weckruf gesprochen, der diese Veranstaltung möglicherweise gewesen sein könnte, weil Sie daraus die Notwendigkeit abgeleitet haben, diese Fragen, um die es hier heute ging, nicht nur hier, sondern auch weit über den vorpolitischen Raum dahin zu tragen, wo in den nächsten Jahren die Entscheidungen getroffen werden – nämlich in das Parlament und an die Parlamentarier, nicht nur an die Verteidigungspolitiker und Außenpolitiker. Das hat die Diskussion heute gut zeigen können. Eine Frage um die es in Zukunft gehen wird, die sich eben nicht nur an die Fachpolitiker richtet, die sind natürlich immer als erstes gefragt. Ich meine aber, es geht hier um ganz

existenzielle Fragen im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Wenn es, so meine ich, eine Übereinstimmung auf dem Podium gegeben hat, dann kann man sicher den Punkt nennen, das bei aller Wünschbarkeit – und ich mache das jetzt sehr großzügig in meiner Interpretation – von Global Zero, wir gut daran tun, zu sagen: „Es ist nicht falsch, dass als ganz, ganz fernes Ziel nicht aus den Augen zu verlieren.“ Aber es entspricht überhaupt nicht der jetzigen Realität. Es ist auch nicht klug, von dieser Prämisse auszugehen, weil wir ganz andere Kriterien haben und wir die Frage der Kontrolle, der Kontrollregime, des Aufbaus von Vertrauen, der Transparenz voranzutreiben müssen. Das ist glaube ich das, was in den nächsten Jahren von entscheidender Wichtigkeit sein wird.

Und diese Erkenntnis, dass es gut wäre, wenn wir die Zukunft nuklearer Ordnung als gestaltbar ansehen würden und uns nicht zurückziehen auf die Wolkenkuckucksheime, sondern sagen, die Welt ist so, wie sie ist und es wäre gut, wenn wir dazu eine

möglichst realistische Perspektive einnehmen und nicht die Hoffnung aufgeben, wir könnten bei so einem Thema, die Gestaltung aus der Hand geben oder – noch pessimistischer – wir hätten sie überhaupt nicht. Wenn dieser Gedanke in der praktischen Politik Platz greifen würde, wäre das nicht schlecht. Ich bedanke mich sehr herzlich, natürlich, bei allen Diskutanten für Ihr Kommen, für Ihre ganz wesentlichen Beiträge, dass Sie sich in unglaublicher Weise diszipliniert an die vorgegebenen Kürzen Ihrer erbetenen Statements gehalten haben und natürlich bedanke ich mich sehr herzlich bei Herrn Lahl für die Einführung und Herrn Clement und Professor Varwick für die Moderation dieser beiden nicht unkomplizierten Runden und bei Ihnen, meine Damen und Herren, bedanke ich mich ein weiteres Mal für Ihr Kommen, dass Sie so geduldig ausgeharrt haben und ein so wunderbares Publikum waren.





Bundesgeschäftsstelle
Wenzelgasse 42
53111 Bonn

T + 49 (0)228 65 25 56
F + 49 (0)228 65 80 93

geschaeftsstelle@gsp-sipo.de
www.gsp-sipo.de

Präsidentin: Ulrike Merten
Geschäftsführer: Jürgen Rann
Registergericht: Amtsgericht Bonn
Registernummer: AMS-5684
Gemeinnützig und spendenfähig
gem. Freistellungsbescheid Finanzamt
Bonn-Innenstadt
Steuernummer: 205/5764/0498
vom 13.01.2017

Fotonachweis:
Titelbild, Pixabay, CC0
Veranstaltungsfotografie, R. Hocke
Layout und Grafik, Alica Läger